

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.18 - 60. Jahrgang

18. September 2010



Breites Bündnis ruft zur Anti-AKW-Demo auf

Zahlreiche Initiativen und Gewerkschafter aus Berlin und Brandenburg unterstützen die Anti-AKW-Demonstration am heutigen Sonnabend in Berlin. Zu der Großdemonstration im Regierungsviertel hat auch die Berliner SPD aufgerufen

„Wir gehen im Herbst für gute Arbeit und gute Lebensbedingungen auf die Straße. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der Kernenergie, die nicht beherrschbar ist“, erklärte IG-Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel. „Wir lassen außerdem nicht zu, dass tausende Arbeitsplätze in der Solar- und Windkraftindustrie und bei den kommunalen Stadtwerken im Osten geopfert werden“, so die Ver.di-Landesbezirksvorsitzende Susanne Stumpfenhusen.

Am 18. September ruft die Berliner SPD zur Teilnahme an der großen Anti-AKW-Demonstration im Regierungsviertel auf. Treffpunkt ist ab 12.00 Uhr auf dem Washington-Platz vor dem Hauptbahnhof.

Demonstration gegen NPD-Aufmarsch

Die Berliner SPD ruft - gemeinsam mit Gewerkschaften, Parteien und anderen Bündnispartnern - zur Gegendemonstration gegen einen NPD-Aufmarsch und ein Rechts-Rock-Konzert am 18. September auf. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr am Michael-Brückner-Haus zwischen Brücken- und Spreestraße, gegenüber vom Bahnhof Schöneweide. □

Bundshaushalt:

„Zur Fairness zurückkehren“

SPD: Bundesregierung verstößt gegen elementare Werte

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat die schwarz-gelbe Bundesregierung für zwölf Monate politische Lähmung in Deutschland verantwortlich gemacht. In der Haushaltsdebatte des Bundestages warf er ihr vor: „Noch nie hat sich eine Regierung so sehr zum Handlanger der Großkonzerne degradiert.“ Bundeskanzlerin Merkel habe sich zur „Kanzlerin der Konzerne“ gemacht: „Ihnen führt die Atomlobby die Hand. Ihrem Gesundheitsminister die Pharmaindustrie und dem Finanzminister die Großbanken und Hoteliers.“

Der Bundshaushalt mache die soziale Schieflage deutlich, so Sigmar Gabriel. Er forderte soziale Gerechtigkeit und die Rückkehr zur Fairness ein: „Nehmen Sie die Besserverdienenden im Land in ihre patriotische Pflicht. Nehmen Sie die unsinnigen Steuergeschenke an Hoteliers, reiche Erben und große Konzerne zurück. Und führen Sie die Brennelementesteuer nicht als Ablasshandel für längere Laufzeiten alter Atommeiler ein, sondern um die Steuerzahler davor zu schützen, bis zu 10 Milliarden für die Sanierung alter und maroder



Sigmar Gabriel: Der Bundshaushalt zeigt, dass die Falschen für die Krise zahlen sollen. Foto: Horb

Atommüllendlager zu bezahlen, die die vier Konzerne uns hinterlassen haben. Stoppen Sie absurde Ausgabewünsche für Herdprämien und andere Spielarten einer verfehlten Bildungspolitik. Kürzen Sie stattdessen die wirklich unsinnigen Subventionen im Umweltbereich - statt mit dem Rasenmäher die Energiesteuern zu erhöhen und damit wichtigen Exportindustrien das Leben schwer zu machen.“ Mit ihrer Politik, so Gabriel, verstoße die Bundesregierung „gegen elementare Wertvorstellungen in unserem Land“. **BS □**

siehe auch Seite 2

„Die Einnahmeseite verbessern“

Berlin und Brandenburg starten Initiative für soziale Steuerreform

Die Länder Berlin und Brandenburg starten eine gemeinsame Bundesratsinitiative für mehr Steuergerechtigkeit. Darauf haben sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Linke in beiden Bundesländern verständigt.

Gemeinsame Ziele sind eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine sozial gerechte Anpassung der Erbschaftssteuer sowie eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Für die Berliner SPD-Fraktion hat der Vorsitzende Michael Müller die Initiative auf den Weg gebracht.

„Länder und Kommunen haben mit weggebrochenen Einnahmen zu kämpfen“,

heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. „Das von der Bundesregierung geschnürte

IN DIESER AUSGABE:

QUALITÄTSPAKET FÜR DIE SCHULE	S. 3
PO-VERFAHREN GEGEN SARRAZIN	S. 4
DEBATTE: BILDUNG & POLITIK	S. 8
WELTWISSEN IN BERLIN	S. 16

Sparpaket und Steuerersenkungen für Hoteliers und Besserverdienende führen direkt und indirekt zu weiteren Belastungen.“ Wichtige Maßnahmen stünden daher auf der Kippe. Es sei ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, die Einnahmeseite der Länder und Kommunen zu verbessern. **BS □**

„In welchem Land leben Sie?“

Auszug aus der Bundestagsrede von Sigmar Gabriel

Sigmar Gabriel hat in seiner Bundestagsrede am Mittwoch deutlich gemacht, dass die geplanten Einsparungen im Bundeshaushalt die Falschen treffen. Ein Auszug aus der Rede:

„Sie rechtfertigen diese Einsparungen auch noch mit Sprüchen darüber, dass angeblich „wir alle über unsere Verhältnisse gelebt“ hätten. In welchem Land leben Sie eigentlich? In Deutschland jedenfalls haben ganz wenige über ihre Verhältnisse gelebt: Nämlich die obersten 1 %, deren Vermögen in den letzten zehn Jahren trotz Finanzkrise um 10 % gewachsen sind.

Dafür aber: arbeiten 1,3 Millionen Menschen fünf Tage in jeder Woche und müssen trotzdem hinterher zum Sozialamt, um ihre Miete bezahlen zu können, bekommt jeder zweite Jugendliche nach der Ausbildung keinen anständigen Job, sondern landet in Leih- und Zeitarbeit mit schlechten

Löhnen, haben die 70% der Gering- und Durchschnittsverdiener in Deutschland in den letzten 10 Jahren Reallohnverluste und einen Vermögensverlust von 7 % hinnehmen müssen, wodurch die Mittelschicht geschrumpft ist!

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland so sehr auseinander geht, wenn sich immer mehr abgekoppelt fühlen, dann können Sie doch nicht daher kommen und den Leuten einreden, sie lebten über ihre Verhältnisse!

Was Sie wirklich machen müssten, ist wieder für Recht und Ordnung zu sorgen. Und zwar auf den Arbeits- und auf den Finanzmärkten.

Natürlich muss der, der arbeiten geht, mehr verdienen, als jemand, der nicht arbeitet. Aber doch nicht durch die Regelsätze von Hartz IV, sondern durch einen gesetzlichen Mindestlohn.“ **BS** □

Sarrazin & die Debatte:

Keine einfachen Lösungen

Integration braucht viele passgenaue Ansätze

Je mehr Leser das Buch von Thilo Sarrazin gefunden hat, desto ruhiger ist die Debatte darum geworden. Die biologistischen Thesen, eigentlicher Kern des Buches, sind widerlegt.

Einzelne identifizierbare Gene, die die Intelligenz von Menschen einer bestimmten Schicht oder Ethnie bestimmen, gibt es nicht, halten seriöse Forscher Sarrazin entgegen. Hunderte, vielleicht Tausende Gene, entscheiden über die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen und die Umwelt beeinflusst ihr Zusammenspiel. Damit entfällt auch die Grundlage für biologistische Lösungen, bei denen die Geburtenrate für Menschen bestimmter Schichten gesteigert oder gesenkt werden soll, wie Sarrazin es ins Spiel gebracht hatte.

Eben diese Gedankengänge im Buch waren auch der Auslöser für die scharfe Distanzierung der SPD-Vorstände von Thilo Sarrazins Abteilung über seinen Kreis und die Landesebene bis hin zur Bundesebene. Die SPD, so stellte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ fest, dürfe nicht mit einer Aufforderung an den Staat identifiziert werden, über eugenische Anreize in die Bevölkerungsentwicklung einzugreifen. Dies sei die Trennlinie für die SPD. Und nicht die zum Teil auch scharfe Kritik an der Integrationspolitik.

Deutlich differenzierter wird inzwischen wieder in der eigentlichen Integrationsde-

batte argumentiert. Für die allerdings sind Bestandsaufnahmen, wie sie die verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ vorgenommen hat, hilfreicher. Zum einen sind es - anders als bei Thilo Sarrazin - Schilderungen aus erster Hand, zum anderen blickt sie genauer auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, für die es gilt, passgenaue Lösungen zu finden.

Integration ist millionenfach gelungen und sicher viele zehntausendmal nicht. Kirsten Heisig beschreibt die Strukturprobleme und eine zum Teil kollektive Verantwortungslosigkeit, die die Fehlschläge begünstigen, sie weist auf die Signale hin, anhand derer Probleme frühzeitig erkannt werden können. Sie fordert ein rechtzeitiges Hinschauen und Eingreifen. Integration entscheidet sich im Einzelfall, die einfachen Lösungen gibt es deshalb nicht.

Auf den provokanten Titel „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin gibt es eine ganz andere Antwort. Der Journalist Mark Terkessides hat sie quasi schon vorab gegeben - auf der ersten Ideenkonferenz der Berliner SPD im Frühjahr. Er forderte ein neues „Wir-Gefühl“, den Blick in eine gemeinsame Zukunft. Das braucht klare Regeln, aber auch Offenheit und Bereitschaft auf allen Seiten. Integrationspolitik ist zu wichtig, als dass man sie Thilo Sarrazin und seinem Buch überlassen darf.

Ulrich Horb □

POLITIK PERSÖNLICH

Thomas Isenberg ist neuer Gesundheitspolitiker

ist neuer Gesundheitspolitiker und Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Der 43-jährige Gesundheitsexperte übernimmt die Sprecherfunktion von Stefanie Winde, die ihr Mandat zurückgegeben hat. Er kommt aus dem Bezirk Mitte.



Dr. Franziska Giffey (SPD) ist von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln zur Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport gewählt worden. Sie hat damit die Nachfolge ihres langjährigen Vorgängers Wolfgang Schimmang (SPD) angetreten, der Ende Juli aus Altersgründen aus dem Bezirksamt ausschied.

Die 32-Jährige Doktorin der Politikwissenschaft und Mutter eines Sohnes war seit 2002 Europabeauftragte des Bezirksamts Neukölln und bringt als Diplom-Verwaltungswirtin und aufgrund ihrer vielfältigen Tätigkeiten reichhaltige Verwaltungserfahrungen mit in ihr neues Amt.

Zu den politischen Schwerpunkten der neuen Bezirksstadträtin gehören die Sicherung guter Lehr- und Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler in Neukölln, die erfolgreiche Umsetzung der Schulstrukturreform im Bezirk und die Steigerung der Attraktivität von Neuköllner Schulen.

Dr. Giffey ist in ihrem neuen Amt wichtig, die Projekte Campus Rütli und den Neubau der Clay-Schule fortzuführen, den Ausbau von Schulstationen und Elterntreffs voranzutreiben, den Wachschatz an Schulen bedarfsorientiert weiterzuführen und die Schulen im Umgang mit Schulverweigerern zu unterstützen. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Bildung:

„Viel Zustimmung zur Reform“

Bildungsminister Zöllner kündigt „Qualitätspaket“ an

Der Start in die neue Schulstruktur ist nach Ansicht von Berlins Bildungsminister Prof. Jürgen Zöllner gelungen. „Es gibt nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland auch bei kleineren Reformen eine so durchgehende Zustimmung zu einer Reform – angefangen von den Schülern über die Eltern und die Lehrer, von Verbänden jeglicher Couleur – wie in Berlin zu dieser Schulstrukturreform.“

In Einzelfällen habe es im Baubereich Schwierigkeiten gegeben, so Zöllner. Allerdings sei es bei über eine Milliarde Euro für den Schulbau in den Jahren 2009 bis 2011 nicht verwunderlich, dass nicht jede Baumaßnahme in den Sommerferien absolviert werden konnte. „Wenn es Einzelfälle gibt, dass Verantwortliche vor Ort in Kreuzberg nicht da sind, um darauf zu achten, dass der Schulstart gelingen kann, dann ist das bedauerlich“, sagte Zöllner. Er werde dem nachgehen, allerdings sei es „nicht Verantwortung des Landes, dass dieses in Ordnung kommt“.

Es gebe kein Bundesland, das gezielt so viele zusätzliche Ressourcen im Bereich der Integration bereitstelle wie das Land Berlin, betonte Zöllner. „Integration bezieht sich für mich auf die Integration und die Hilfe für junge Menschen, die aus bildungsfernen Schichten kommen und nicht

automatisch mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund gleichzusetzen sind. Wir geben mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in den Kinder- und Jugendbereich – allein 16 Millionen Euro durch die entsprechenden Zuschläge für Kinder mit Migrationshintergrund in den Kitas. In der Schule sind es weit mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr, die wir zusätzlich für eine bessere Personalausstattung investieren.“

Eine Klasse, die 31 Stunden in der Woche Unterricht habe, erhalte so 9 Stunden zusätzlich. „Das heißt, in 30 Prozent der Stunden kann die Klasse geteilt werden, um eine besonders intensive Unterrichtung zu machen, wenn in dieser Klasse eine bestimmte Anzahl von Kindern – 80 oder 90 Prozent – mit nichtdeutscher Herkunft oder Lehrmittelbefreiung vorhanden ist.“

Nur mit der „Verteilung von Zusatzausstattungen und Wohltaten“ sei etwa das Problem der Schulabgänger ohne Abschluss nicht zu lösen, so Bildungsminister Jürgen Zöllner. Er sprach sich vor dem Berliner Abgeordnetenhaus deshalb für ein „Qualitätspaket“ zur Verbesserung der Schulen aus. „Bei diesem Qualitätspaket geht es um Hilfen, es geht letztlich um Unterstützung, und es geht möglicherweise auch darum, den Betroffenen Unannehmlichkeiten zu bereiten, wenn die Ziele nicht erreicht sind.“

BS □



Der etwas andere Infostand: Im Rahmen der „Woche der SPD“ brachte die Abteilung 2 (Alexanderplatz) am vergangenen Sonnabend das Büro von Dr. Christian Hanke samt Bürgermeister zu den Leuten. Vor dem Kaufhof am Alexanderplatz hatten die Bürger nicht nur die Gelegenheit, sich über die aktuelle Politik der SPD zu informieren, sondern auch dem Bürgermeister bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und mit ihm ins Gespräch zu kommen. Foto: T. Geyer

Bessere Vorbereitung auf das Lehramt

Berlin will mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf gewinnen.

Berliner Lehrkräfte, Lehramtsstudierende sowie Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit Migrationshintergrund haben jetzt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ein Netzwerk ins Leben gerufen, das leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf gewinnen will. Dabei steht die intensive Begleitung schon von der Schule übers Studium bis in den Vorbereitungsdienst im Vordergrund. BS □

„Die Zukunft der SPD hat schon begonnen“

SPD Tempelhof-Schöneberg veranstaltete ihre erste Zukunftswerkstatt

„Politik als Werkstatt, das ist die SPD: Alle wollen, wenn sie kommen, über das, was sozialdemokratische Politik ist, wirklich mitentscheiden“, so beschreibt Sigmar Gabriel in seiner Rede auf dem Bundesparteitag 2009 ein verändertes Politikkonzept. Damit wollten Genoss/innen aus Tempelhof-Schöneberg ernst machen und kamen am Samstag, dem 11. September, zur 1. Zukunftswerkstatt in die Brandenburghalle des Rathauses Schöneberg.

Ein Team von erfahrenen Moderator/innen aus der SPD-nahen Bildungsarbeit hatte diese Versammlung der anderen Art vorbereitet. Es geht ums Ausprobieren, um neue Ideen und Wege zu der Politik vor Ort.

Nach einer Phase der Kritik, wo alles gesammelt wurde, was an der bisherigen SPD-Arbeit stört, wurden Visionen zur Erneuerung entwickelt. Um richtig ins Visionieren zu kommen, hatten die Moderator/innen eine kleine „Party“ unter dem Titel „Wir sind spitze - Berlin 2021“



Zukunftswerkstatt: Ingo Siebert zieht eine positive Bilanz.

vorbereitet. Es gibt Schnittchen am Eingang und Getränke auf den Partytischen, viele Berliner/innen treten in die SPD ein, die seit zehn Jahren alleine regiert, es gibt wöchentliche Hearings mit lebendigen Diskussionen, sodass die Doppelspitze der Regierenden die Beschlüsse feiert, eine Welle der Euphorie und fröhlichen Tagespolitik - ein Traum? Wie können wir ihn verwirklichen?

In kleinen Gruppen wurden Szenarien entwickelt, viel Kreativmaterial liegt bereit, das Team animiert und regt zu Kurzpräsentationen an: Eine Talkshow zur Umsetzung gelungener Sprachförderung, ein Sketch zur „Roten Wende statt Stau ohne Ende“, eine aus Playmobil zusammengesetzte Szene zur neuen solidarischen Streitkultur in der SPD und vieles mehr. Zurück in der Gegenwart wurden die Ergebnisse für heute gesammelt. Im letzten Schritt konnte jede und jeder entscheiden, was er/sie in den nächsten Wochen umsetzen will. Vieles wird auch in den nächsten Gremiensitzungen noch zu besprechen sein.

Gerade neue Genossen/innen und jene, die sich sonst nur kaum in den Gremien einbringen können, haben die Möglichkeit genutzt, in einen intensiven Austausch zu treten. Ihre Kritik, Ideen und Hilfe ist nötig, will sich die SPD weiter entwickeln. Die Zukunftswerkstatt war hier ein Anfang.

Ingo Siebert □

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage. Die SPD-Fraktion setzt die Reihe der Stadtteiltage fort. Nachdem im September Karin Seidel-Kalmutzki, Ralf Wieland und Annette Fugmann-Heesing Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen durchgeführt haben, stehen nun die Stadtteiltage von Sven Kohlmeier in Kaulsdorf / Kaulsdorf-Nord und von Bilkay Öney in Tiergarten-Moabit auf dem Programm.

Sven Kohlmeier wird am 20. September unter anderem gemeinsam mit Bildungs-senator Jürgen Zöllner und Schulstadtrat Stefan Komoß die Caspar-David-Friedrich-Schule besuchen, sich mit Justizsenatorin Gisela von der Aue über die Betreuungseinrichtung für strafällige Jugendliche, pad e.V., informieren und am Abend zu einer Veranstaltung mit Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper einladen.

Ebenfalls am 20. September lädt Bilkay Öney nach Tiergarten-Moabit ein. An der Menzel-Oberschule wird sie ein Gespräch mit Bildungssenator Jürgen Zöllner und Stadträtin Dagmar Hänisch über die Schulstrukturreform und Ausstattung der Schulen führen. Am Nachmittag ist unter anderem ein Rundgang durch die Potsdamer Straße geplant, bei einem Besuch im Mädchen-Kultur-Treff Dünja geht es um Emanzipation und Integration junger Migrantinnen. Besonders zu den Abendveranstaltungen sind Interessierte herzlich eingeladen:

○ Sven Kohlmeier und Walter Momper plaudern über das Berliner Politikgeschäft, 19:30 Uhr, Gaststätte "Zur S-Bahn", Heinrich-Grüber-Str. 1, 12621 Berlin

○ Bilkay Öney, Ehrhart Körting und der BVV-Fraktionsvorsitzende Hans-Günther Mahr diskutieren zum Thema "Innere Sicherheit im Kiez", 20:00 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz, 10551 Berlin

➔ Weitere Informationen unter: <http://www.spdfraktion-berlin.de/berliner-stadtteiltage>

Integration. Die SPD-Fraktion lädt am 27.09. um 19 Uhr zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Linksfraktion über das Integrations- und Partizipationsgesetz ein. Nach der Begrüßung durch Michael Müller werden Klaus Wowerit, die Senatorin Carola Blum und Hakan Tas sprechen.

Exklusive Preview. Am Dienstag, 28. September, präsentiert die SPD-Fraktion um 18.30 Uhr den Film Shahada, der die Geschichten von 3 jungen Muslimen erzählt. Der Film wurde bei der Berlinale mit dem begehrten Preis der Gilde deutscher Filmkunsttheater ausgezeichnet. Der offizielle Filmstart ist erst am 30. September.

➔ **Für beide Veranstaltungen im Berliner Abgeordnetenhaus ist eine Anmeldung unter 23 25 22 22 erforderlich.** R.P. □

„Andere Grundwerte“

Landesvorstand für Parteiordnungsverfahren

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat sich bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung für die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen Thilo Sarrazin ausgesprochen. Mit wiederholten Äußerungen habe Sarrazin in seinem Buch und seinen Interview-Äußerungen gegen Grundsätze und Ordnung der Partei verstoßen, heißt es in der Begründung. Bezug genommen wird dabei auf seine „herablassenden Äußerungen gegenüber dem Islam als Religionsgemeinschaft“ sowie auf seine „Absage an ein auf die Emanzipation von sozialen und kulturellen Beschränkungen ausgerichtetes, durchlässiges Bildungssystem“.

Gegen die Ordnung der Partei verstoße Sarrazin, indem er „beharrlich Beschlüssen von Parteitag und der Parteiorganisation - insbesondere in den Bereichen der Integrations- und Bildungspolitik - zuwider handelt und ein Gesellschaftsmodell pro-

pagiert, das mit den Zielen und Grundwerten der SPD nicht vereinbar ist“.

Die SPD leite aus ihren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Ansatz der Emanzipation von sozialer, kultureller und ethnischer Benachteiligung oder Ausgrenzung ab, ihre Zielsetzung sei die Integration aller Bevölkerungsteile in unsere Gesellschaft. Demgegenüber sei die Richtschnur Sarrazins die „Verfestigung vorhandener Gesellschaftsschichten, die Beurteilung von Migrantinnen und Migranten nach ethnischen Kriterien abzielend auf ihre ökonomische Wertbarkeit sowie die Strategie des ‚Auswachsens‘ vermeintlich ökonomisch weniger verwertbarer Teile der Gesellschaft“. Sarrazin vermittele so ein Weltbild, das auf Vereinfachung und Demagogie setze.

Unabhängig davon müsse die Integrationsdebatte offen geführt werden, wurde im Landesvorstand betont. **BS □**

„Mich empören die Äußerungen“

Hans Werk: Thilo Sarrazin liefert Rechtsradikalen Munition

Hans Werk, Jahrgang 1927, ist seit Anfang der fünfziger Jahre Mitglied der SPD, seit den sechziger Jahren lebt er in Berlin. Heute spricht er regelmäßig als Zeitzeuge des Krieges mit Schulklassen über seine Erfahrungen.

Berliner Stimme: Die Stadt scheint gespalten, was die Debatte um Thilo Sarrazins Buch angeht. In einer Umfrage unterstützen 47 Prozent seine Aussagen, 49 Prozent lehnen sie ab. Zu welcher Seite neigen Sie?

Hans Werk: Ich zähle mich ganz eindeutig zu den Kritikern. Mich empören Sarrazins Äußerungen, wenn er Menschen nach Rassen in wertvolle und weniger wertvolle Menschen einteilt. Diese Debatte erinnert mich an meine Jugend in der Nazi-Zeit, als uns der Klassenlehrer und zugleich NSDAP-Ortsgruppenleiter mit den Theorien über die „Herrenrasse“ und dem „unwerten Leben“ vollgestopft hat. Ich selbst habe mich - sehr zum Leidwesen meiner Eltern - freiwillig zum Wehrdienst gemeldet, landete beim SS-Krafftaherersatz- und Ausbildungsregiment in Buchenwald und bin dann schon nach wenigen Tagen bei einem Bombenangriff verschüttet und schwer verletzt worden. Gerettet haben mich zwei Polen.

Berliner Stimme: Wie reagieren Schulklassen auf solche Schilderungen?

Hans Werk: Eine Frage ist dabei immer wieder, wie ich zu Ausländern stehe. Ich erinnere mich gut an die Zeit in den sechzi-



Hans Werk.

ger Jahren, als wir händleringend Arbeitskräfte gesucht haben. Ich war damals Sekretär bei der ÖTV und wir haben auch im gewerkschaftlichen Raum immer wieder die latente Ausländerfeindlichkeit abgewehrt.

Dass Thilo Sarrazin jetzt Munition liefert für die Rechtsradikalen, dass sie sich auf ihn und seine angeblich wissenschaftlichen Methoden berufen können, halte ich für wahnwitzig.

Berliner Stimme: Gilt nicht auch für Thilo Sarrazin die Meinungsfreiheit?

Hans Werk: An der Akademie der Arbeit habe ich in den sechziger Jahren gelernt: „Freiheit der Meinung bedeutet nicht Zügellosigkeit“. Ich empfinde seine Thesen aus meiner Erfahrung als rassistisch. Ich lehne es ab, Menschen in wertvolle und weniger wertvolle einzuteilen. Diese Idee hat schon so viel angerichtet in Deutschland. Und mit seinem Menschenbild verstößt Thilo Sarrazin auch gegen die Grundwerte unseres sozialdemokratischen Denkens. Wir müssen über Integration intensiv diskutieren. Die Wahrheit ist, dass nicht alles konsequent umgesetzt ist, was auch von uns gefordert wurde. Aber das rechtfertigt nicht, einen Keil zwischen die Menschen zu treiben. **Interview: U. Horb □**

Grundwerte:

„Die Komplexität nicht erfasst“

Cordula Drautz über das Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin

Gegen Thilo Sarrazin wird ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Eine unabhängige Schiedskommission wird nun prüfen, ob er sich juristisch eines groben Verstoßes gegen Grundsätze der Partei schuldig gemacht und das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht gelassen hat. Der Weg zum Ausschluss ist lang, insgesamt vier Schiedskommissionen müssen ihre Zustimmung geben. Die Bundesschiedskommission entscheidet als letzte Berufungsinstanz.

Aus gutem Grund hat die SPD die Hürden für einen Parteiausschluss so hoch gelegt. In ihrem Gothaer Programm von 1875 hat die Sozialdemokratie Meinungs- und Versammlungsfreiheit gefordert. In Zeiten des Kaiserreichs eine riskante, nur unter schwersten Repressionen aufrecht zu erhaltende Forderung. In einer Demokratie ist Meinungsfreiheit ein sehr hohes Gut. Es hat Verfassungsrang. Als Privatmeinung muss eine demokratische Gesellschaft Sarrazins Thesen daher ertragen können. Eine Partei, die auf Werten aufgebaut ist, die mit diesen Thesen unvereinbar sind, muss das nicht. Politisch hat sich Thilo Sarrazin nach Auffassung der Berliner SPD mit seinen Äußerungen selbst aus dem Ideenkreis der Sozialdemokratie verabschiedet. Zum wiederholten Male. Das ist das Ergebnis einer intensiven Debatte im SPD-Landesvorstand.

Zu Recht erwarten die Parteien von ihren ehemals in der Öffentlichkeit stehenden Politikern eine Verantwortung und ein Bekenntnis zu diesen Grundwerten - auch über ihre Amtszeit hinaus. Sarrazins Äußerungen als Meinung eines Privatmanns oder einfachen SPD-Mitglieds in der Funktion eines Bundesbankvorstandes abzutun, ist hier zu kurz gesprungen. Es unterscheidet einen - wenn auch ehemaligen - Spitzenpolitiker eben von einem einfachen



Cordula Drautz ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner SPD. Foto: privat

Basismitglied, wie er sich nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik verhält. Daher rührten auch die Debatten, ob ein ehemaliger grüner Außenminister Energielobbyist werden sollte oder ein ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer der CDU als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sein Bundestagsmandat niederlegen müsste. Derartiges Fingerspitzengefühl und „korrektes Verhalten“ kann man nicht gesetzlich vorschreiben, politisch erwarten kann man es schon. Auch das ist Teil demokratischer Kultur.

Dieses politische Urteil entbindet aber die Bundesregierung und den Bundespräsidenten nicht davon, sich der staatspolitisch wichtigen Frage zu stellen, wie die Unabhängigkeit der Bundesbank und das Recht auf Meinungsfreiheit in einer juristischen Güterabwägung zu bewerten sind. Auch dürfen sie sich nicht ihrer Aufgabe entziehen, als Antwort auf die offensichtlichen integrationspolitischen Herausforderungen konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

Sarrazins Versuch, durch einen statistischen Vergleich von Einwanderergruppen ein Bild der Realität zu zeichnen ist simpel - und geradezu unpolitisch. Denn weder ist

die Komplexität der integrationspolitischen Herausforderungen mit diesen Zahlenreihen erfasst noch bietet sein Buch plausible Antworten. Klaus Wowereit hat recht, wenn er in einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ feststellt, Sarrazin drücke sich um die vornehmste Aufgabe eines Politikers: „zu sagen, was er ändern will“. Sich nur in die Schlagzeilen zu katapultieren, ist für einen, der eine Debatte zum Besseren anstoßen will, zu wenig. Das gilt im Übrigen auch für die Kritiker, die ihrerseits oft keine Gestaltungsideen haben und sich damit begnügen, in der Welle der allgemeinen Empörung öffentlichkeitswirksam mit zu schwimmen.

Der Berliner Senat ist als erste Landesregierung mit der Vorlage eines Integrationsgesetzes bundesweit Vorreiter. Das Gesetz stellt die Fragen, die Sarrazin vermeidet, und es macht Vorschläge, wie Probleme gelöst werden können. Diese liegen mitnichten nur in der fehlenden Anpassungs- und Integrationsbereitschaft der Migranten. Es stellt auch die Frage, wie Diskriminierungen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft abgebaut werden können. Kurzum: Wie wollen wir in einer toleranten, kulturell vielfältigen Stadt zusammen leben und sie gemeinsam gestalten? Den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund für den Öffentlichen Dienst zu erhöhen, aber auch die Schulstrukturreform sind konkrete Projekte, wie im praktischen Sinne Zugang zur Gesellschaft und Chancen auf Entwicklung und Mitbestimmung eröffnet werden können.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ So lautet der erste Satz im Artikel 1 der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Besser kann man es nicht ausdrücken. **Cordula Drautz** □

■ Die SPD **Reinickendorf** hat die September/Oktober-Ausgabe der „Reinickendorfer Zeitung“ herausgebracht. Sie steht auch im Internet zur Verfügung: www.spd-reinickendorf.de. Im Titelthema erläutert Jörg Stroedter, warum die Entscheidung zur Rente mit 67 korrigiert werden muss.

■ Auf dem neu gestalteten Stadtplatz am Theater Karlshorst hat die SPD **Lichtenberg** mit rund 100 Gästen, darunter die Senatorin für Justiz, Gisela von der

NOTIZEN AUS DER SPD

Aue, ihr Sommerfest gefeiert. Der anwesende Kulturstaatssekretär Andre Schmitz gab in seiner Rede seiner Freude Ausdruck, dass Karlshorst durch die Sanierung des Theaters und mit der gelungenen Gestaltung des neuen Stadtplatzes endlich wieder ein attraktives Ortsteilzentrum erhalten. Im Mittelpunkt des Sommerfestes stand auch in diesem Jahr die Verleihung des

Frieda-Rosenthal-Preises. Preisträger war in diesem Jahr der Theologe und Musiker Olaf Ruhl. Die Stifterin des Preises, die Lichtenberger SPD-Abgeordnete Birgit Monteiro, betonte in ihrer Laudatio besonders das Engagement des Preisträgers im Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz.

■ Der SPD-Bezirksverordnete Christoph Huhn ist mit sofortiger Wirkung aus der SPD und der SPD-Fraktion der BVV **Marzahn-Hellersdorf** ausgetreten.

SPD Neukölln:

Neue Wege für Kinder und Familien

„Damit Solidarität Zukunft hat“: Zeuthener Erklärung der SPD Neukölln

Der Kreisvorstand der Neuköllner SPD hat auf seiner Klausurtagung am 6. September eine Erklärung zur Kinder- und Familienpolitik verabschiedet. Die Berliner Stimme dokumentiert den Text im Wortlaut.

1. KRISE DES SOZIALSTAATS

Der deutsche Staat unternimmt auf allen Ebenen große Förderungs- und Transferanstrengungen, um Familien zu unterstützen, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und den sozialen Frieden zu erhalten. Nicht nur bei den Renten, im Gesundheitswesen und zur Absicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wenden Staat und Gesellschaft Jahr für Jahr gewaltige Beträge auf. Auch große Investitionen in das Bildungswesen und die unmittelbare Unterstützung von Familien durch Kinder- und Elterngeld sind Ausdruck und Ergebnis sozialstaatlicher Politik und eines über Parteigrenzen hinweg weitgehend konsensualen Verständnisses von gesellschaftlicher Solidarität. Die in Generationen gewachsene politische Kultur einer offenen und solidarischen Gesellschaft ist ein hohes Gut. Sie zu bewahren ist die Pflicht aller politisch Verantwortlichen.

Um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, hat die rot-rote Koalition in Berlin seit 2001 wichtige Weichen gestellt. Der Zugang zu Bildung wird durch die schrittweise Einführung der Kostenfreiheit an den Kitas erleichtert. Ein großer Schritt, um die Integrationsfähigkeit der Berliner Schule zu verbessern, ist die Abschaffung der Hauptschule und die damit verbundene Einführung der Sekundarschule.

Im gleichen Zeitraum hat der Bezirk Neukölln unter Führung der SPD seinen sozial- und integrationspolitischen Schwerpunkt im Bereich von Schule und Bildung definiert. Der Aufbau von Ganztags-schulen, die flächendeckende Einrichtung von Schulstationen in Nord-Neukölln, der Abbau der Wartelisten an der Musikschule, die Verbesserung der Sicherheit an den Schulen durch den Einsatz von Wachschutz und ein konsequentes Vorgehen gegen Schulverweigerung sind in gleicher Weise Markenzeichen sozialdemokratischer Politik geworden wie die Entwicklung zukunftsweisender Konzepte wie der Campus Rütli und das erste Ganztags-Gymnasium Berlins an der Albert-Schweitzer-Schule.

Dennoch stellen wir fest, dass es weder auf kommunaler noch auf Landesebene gelungen ist, eine Entwicklung anzuhalten



Heinz Buschkowsky, Neuköllner Bürgermeister, engagiert sich seit Jahren für Integration.

oder umzukehren, die zu gesellschaftlicher Desintegration führt und die langfristig den sozialen Frieden bedroht. Die Kinderarmut wächst kontinuierlich. Ca. 20 % aller Kinder in Deutschland leben inzwischen von ALG II. Gerade die Kinder allein erziehender und gering qualifizierter Eltern sind in wachsendem Maß davon betroffen. Das Schulsystem ist im internationalen Vergleich besonders schlecht darin, Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft gleiche Bildungschancen zu sichern. Wissenschaftliche Studien belegen, wie unterschiedlich die Bildungs- und Aufstiegsprospektiven Berliner Kinder und Jugendlicher sind. Sie sprechen von einer „gespaltenen Kindheit“ in unserer Stadt.

Die Politik muss die Entwicklung als Alarmzeichen für eine Krise des Sozialstaats ernst nehmen. Die Kosten für sozialstaatliche Transfermaßnahmen steigen kontinuierlich an: So sind im Zeitraum 1991 bis 2008 die Sozialleistungen insgesamt in allen Haushalten um rund 70 Prozent auf über 720 Mrd. Euro angestiegen. Ihr Anteil am Bundeshaushalt liegt inzwischen bei über 50%. In Berlin wurde die im Jahr 2008 durch Schuldentilgung erreichte Zins-Entlastung in Höhe von 300 Mio. Euro noch im gleichen Jahr durch die Steigerung der Sozialausgaben wieder aufgezehrt. Wirtschaft und Bildungssystem entfalten eine viel zu geringe Integrationskraft. In Verbindung mit der allgemeinen demographischen Entwicklung stehen wir vor dem Problem, dass Wirtschaft und Verwaltung schon heute mit Überalterung und Fachkräftemangel konfrontiert sind, während gleichzeitig bis zu 25% der Jugendlichen die Schule ohne die notwendigen Voraussetzungen für den Beginn einer Ausbildung verlassen.

2. DIE ALTEN ZIELE BLEIBEN RICHTIG

Wenn wir unter den beschriebenen Bedingungen unser hohes Niveau gesell-

schaftlicher Solidarität auch für die Zukunft dauerhaft absichern wollen, bleiben die alten Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dafür die unabdingbare Voraussetzung. Nur durch eine hochproduktive, international konkurrenzfähige Wirtschaft auf industrieller Basis und durch Vollbeschäftigung werden wir in der Lage sein, den Sozialstaat zu erhalten. Nur wenn ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistungserbringern und Leistungsempfängern gewahrt wird, kann unsere Volkswirtschaft die Erträge liefern, die notwendig sind, um allen denjenigen Unterstützung zu geben, die sie brauchen.

Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre in politischer Verantwortung auf Landes- und Bezirksebene haben gezeigt, dass die notwendigen Grundsatzentscheidungen für eine nachhaltige Sozialstaatspolitik auf diesen Ebenen nicht getroffen werden können. Mit den Mitteln von Land und Bezirk sind wir nicht in der Lage, einerseits entsprechend den gesetzlichen Vorgaben Bedürftige finanziell und materiell zu unterstützen und die Infrastruktur an Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen zu erhalten und andererseits Schule und Kita so zu reformieren und auszustatten, dass sie die Erziehungs- und Bildungsdefizite von Kindern aus bildungsfernen Familien ausgleichen können.

Diese Erfahrung machen vor allem die Kommunen in Deutschland täglich tausendfach. Neukölln ist insofern zwar ein Vorreiter der Entwicklung, aber alles andere als ein Einzelfall. Die Zeit ist reif für eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Sozialstaates, die auf kommunaler ebenso wie auf Landes- und Bundesebene zu führen ist. Das Leitbild muss dabei ein aktivierender Sozialstaat sein, dessen Maßnahmen dem Ziel dienen, Leistungsempfänger aus der Abhängigkeit von Sozialtransfers zu befreien und keine neuen dauerhaften Abhängigkeiten entstehen zu lassen. Ordnungspolitische Maßnahmen, um bereits eingetretene Fehlentwicklungen zu korrigieren, werden mit der notwendigen Wirksamkeit nur auf Bundesebene geregelt werden können.

3. ENTWICKLUNG EINES PROGRAMMS FÜR DIE ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS

Die Neuköllner SPD fordert eine breit, aber nicht langfristig angelegte gesellschaftliche Debatte mit dem Ziel ein Programm für die Zukunft des Sozialstaats zu

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

definieren. Um das Missverhältnis von Fachkräftemangel einerseits und der Arbeits- und Perspektivlosigkeit gering qualifizierter andererseits wieder ins Lot zu bringen, muss die Bildung und Qualifizierung der gesamten Bevölkerung Vorrang vor allen anderen Maßnahmen haben. Unabdingbare Voraussetzung ist ein Paradigmenwechsel bei der Familien- und Bildungsförderung. Statt Familien vorrangig durch direkte finanzielle Unterstützung materiell abzusichern, muss es in Zukunft nach dem Vorbild von Ländern wie Frankreich und Finnland darum gehen, Kinder und Jugendliche in exzellenten Bildungseinrichtungen auf den Lebens- und Berufsweg vorzubereiten.

○ Das wichtigste familienpolitische Unterstützungsinstrument sind Kindergeld und Kinderfreibetrag, für die der Bund jährlich Mittel in Höhe von 35 Mrd. Euro aufwendet. Weder die demographische Entwicklung noch die Integrationsbilanz der deutschen Schule sind geeignet, diesen Aufwand zu rechtfertigen. Vielmehr leistet das Kindergeld insbesondere bei bildungsfernen Familien offenkundig keinen Beitrag dazu, die Aufstiegschancen von Kindern zu verbessern.

Auch unter der Zersplitterung der deutschen Bildungslandschaft leidet die Integrationskraft des Bildungssystems und die Vergleichbarkeit seiner Ergebnisse. Die Länder-Zuständigkeit für die Schulbildung ist eine überholte Struktur, die mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt. Sie blockiert die notwendige große Reform der Bildungsfinanzierung und verhindert den effektiven Einsatz der für die Ausbildung unserer Jugend zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Neuköllner SPD fordert deshalb, die Kompetenz für die Rahmengesetzgebung über die Schulbildung von den Ländern auf den Bund zu übertragen und 50% der bisher für Kindergeld aufgewendeten Mittel in einen Familien- und Bildungsfonds des Bundes und der Länder einzubringen. Die Mittel aus diesem Fonds sollen im Verhältnis zur Zahl der Kinder zweckgebunden an die Länder ausgezahlt werden. Die Länder können diese Gelder dann nach getätigten Investitionen im Kita- und Schulbereich zur Refinanzierung abrufen. Die Zweckentfremdung der Mittel zur allgemeinen Entlastung der Landeshaushalte muss ausgeschlossen sein.

○ Um im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sozialstaatliche Standards für Kinder und Jugendliche sicherzustellen, fordert die Neuköllner SPD von Erhöhungen der ALG-II-Regelsätze grundsätzlich abzusehen und stattdessen erhebliche zusätzliche Anstrengungen bei Sachleistungen in den Bildungseinrichtungen zu unternehmen. Dazu gehört eine Ki-

ta-Pflicht, eine erstklassige Personal- und Materialausstattung an Schule und Kita, die Garantie der Lernmittelfreiheit, kostenlose Schulverpflegung, Sport- und Freizeitangebote im Rahmen der Ganztagschule, Sport-, Freizeit- und Nachhilfe-Angebote in der Ferienzeit und freie Heilfürsorge an den Schulen.

Das vom Bundesministerium für Soziales vorgeschlagene Gutscheinsystem für ALG-II-Kinder begrüßen wir als ein erstes Signal für eine neue Philosophie in der Familienförderung. Mittel- und langfristig muss es allerdings dazu führen, dass Sachleistungen alle Kinder über die staatlichen Institutionen erreichen. Mit individualisierten Leistungen ist kein nachhaltiger Strukturwandel abzusichern.

○ Der pädagogische Erfolg des gemeinsamen Lernens in Gemeinschafts- und Sekundarschulen hängt auch davon ab, dass genügend leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in diesen Schulen vorhanden sind. Gerade im Interesse der Kinder aus bildungsfernen Familien müssen deshalb die Anreize zur Familiengründung in der Mittelschicht gezielt verstärkt werden. Um die Familiengründung für arbeitstätige Eltern attraktiver zu machen, ist aber nicht nur eine erstklassige Erziehungs-Infrastruktur mit Ganztags-Krippen, -Kitas und -Schulen erforderlich. Als wichtigen materiellen Anreiz zur Familiengründung in Haushalten, die von Erwerbseinkommen leben, fordern wir außerdem die Abschaffung des ungerechten Ehegattensplittings und des Kinderfreibetrags. Diese Instrumente müssen durch ein Familiensplitting nach französischem Vorbild ersetzt werden, bei dem die Steuerlast auf alle Familienmitglieder verteilt wird.

○ Die anwachsende Höhe des Kindergeldes bei höherer Kinderzahl ist sinnlos. Dieses Instrument kann und darf auch gar nicht ausreichend ausgestattet werden, um die Geburt eines dritten, vierten oder fünften Kindes attraktiver zu machen als die Rückkehr in den Beruf. Falls ein höheres Kindergeld in Familien mit geringer Erziehungs- und Bildungskompetenz als zusätzlicher Anreiz wirkt, mehr Kinder zu bekommen, wirkt es sogar als Fehlsteuerung. Soweit am Kindergeld festgehalten wird, soll deshalb für alle Kinder Kindergeld nur in gleicher Höhe ausgezahlt werden.

○ Die grundgesetzliche Erziehungspflicht der Eltern ist auch als Pflicht zur Teilnahme an einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zur Ausbildung und Qualifizierung der Kinder und Jugendlichen aufzufassen. Sie muss rechtlich zu der gesellschaftlichen Unterstützung für Eltern und Familien ins Verhältnis gesetzt werden. Die Neuköllner SPD fordert deshalb die Ergänzung des Familienrechts um konsequente Anreize, den Elternpflichten nachzukommen. Dabei soll auf die fortge-

setzte Verletzung dieser Pflichten auch mit der Kürzung von Transferzahlungen reagiert werden. Als Leitsatz gilt dabei die Formel: Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt das Kindergeld nicht auf das Konto.

○ Als zusätzliches Mittel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, fordern wir aktive Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb um die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und ihrer Familien. Notwendig ist dazu nicht nur die gezielte Anwerbung und Unterstützung von gut ausgebildeten Zuwanderern, sondern auch eine Reform des deutschen Zuwanderungsrechts nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wie Kanada und Neuseeland. Dazu gehören die Festlegung von Kontingenten und die Einführung eines Systems zur objektiven Bewertung der Integrationsvoraussetzungen, die ein zuwanderungswilliger Mensch mitbringt (z.B. ein Punktesystem). In ein solches System sind auch Zuwanderer einzubeziehen, die im Rahmen der Familienzusammenführung einreisen wollen. Die ungerechte Ungleichbehandlung von Nicht-EU-Zuwanderern, von denen bisher nur ein Teil der Pflicht unterliegt Sprachkenntnisse vorzuweisen, würde damit entfallen.

4. BERLINER SPD MUSS IMPULSGEBERIN WERDEN

Die in dieser Erklärung zusammengefassten Forderungen erheben nicht den Anspruch die notwendige Debatte zu ersetzen oder ihre Ergebnisse vorweg zu nehmen. Sie erheben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind das Resultat politischer Erfahrungen, die die Neuköllner SPD in den letzten zehn Jahren gemacht und diskutiert hat. Wir sind allerdings überzeugt, dass wir aufgrund unserer Erfahrungen genau die zentralen Fragestellungen aufwerfen, denen Politik und Gesellschaft sich stellen müssen, und dass unsere Lösungsansätze geeignet sind, zumindest einen Teil der Probleme im Geist von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu lösen.

Die Berliner SPD fordern wir auf, unverzüglich einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess anzustoßen, der nicht auf parteiinterne Debatten beschränkt bleiben darf. Berlin ist eine Stadt, deren Impulse über ihre eigenen Grenzen hinaus ausstrahlen. Die Berliner SPD hat als politische Kraft den Anspruch, dieser Stadt Richtung und Orientierung zu geben. Wir müssen unsere Kraft nutzen, um rechtzeitig bis zur nächsten Bundestagswahl die Konturen einer Sozialstaatspolitik zu definieren, die unserem solidarischen Gemeinwesen nicht nur eine realistische Zukunftsperspektive bietet, sondern sich auch auf breite gesellschaftliche Akzeptanz gründet. □

Reformkonzepte:

Bildung und Politik

Dr. Andreas Boehme: Langfristiges Denken ist erforderlich

Thesen zum Verhältnis von Bildung und Politik stellt Dr. Andreas Boehme zur Diskussion

1. Bildung und Politik stehen in einem Spannungsverhältnis. Politik ist in ihren Entscheidungen an Legislaturperioden gebunden, grundlegende Entscheidungen die das Bildungssystem betreffen müssen jedoch Legislaturperioden überdauern. Politik braucht Erfolge in Abhängigkeit von Wahlperioden, Bildungserfolge stellen sich erst nach Jahrzehnten ein. Seit 12 Jahren bin ich als Fachmann für Bildung im Vorstand von Fachausschuss und AfB. Ich habe in diesen Jahren die wechselnden politischen Spitzen der Bildungsverwaltung kennen gelernt, Reformideen mit angestoßen und kritisch begleitet (z. B. das neue Schulgesetz, Ganztagschule, den Kita-Bildungsplan, die Lehrerbildung etc.). Enttäuschungen blieben und bleiben nicht aus.

2. Unsere Bildungsreformen wollen Familien, Kinder und Jugendlichen unterstützen, die aufgrund vielfältiger Ursachen daran gehindert sind, aus eigener Kraft am Wohlstand der Gesellschaft zu partizipieren. Ein Ziel dieser Reformen war die Reduzierung der Schüler ohne Schulabschluss. Ein Vergleich über 12 Jahre zeigt, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde: am Ende des Schuljahrs 1996 verließen insgesamt 4075 Schüler (12,4 %) die Berliner Schule ohne einen Schulabschluss, davon 1033 Hauptschüler (25,4 %). Am Ende des Schuljahrs 2008 erwarben bei zurückgehenden Schülerzahlen 2777 Schüler (9,2 %) keinen Schulabschluss, wovon wiederum 998 Hauptschüler (25,8 %) waren. Insgesamt reduzierte sich die Quote der Schüler ohne Abschluss um lediglich 3 %, wobei sie in der Hauptschule auf hohem Niveau verharrte. Mit dem Umbau des Schulsystems sollen

Dr. Andreas Boehme, Mitglied im Fachausschuss „Stadt des Wissens“ und der AfB, ist Erziehungswissenschaftler, Diplompädagoge, staatl. anerkannter Erzieher, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut i. A.



die Probleme der so genannten Risikoschüler gelöst werden. Ob sie erfolgreich sein werden muss noch offen bleiben. Auf jeden Fall wächst diese Gruppe aus den Grundschulen nach. Den Defiziten dieser Risikoschüler sollen Grundschulen mit Hilfe von drei Reformansätzen nämlich der Ganztagschule, dem Jahrgangsübergreifenden Lernen JÜL und der Förderung des individuellen Lernens frühzeitig begegnen. Zudem wurde der Kita-Bildungsplan eingeführt, der seit 2007 verbindlich die individuell Förderung und Fortschrittsdokumentierung verlangt.

3. Politische Steuerungsmöglichkeiten haben Grenzen. Die soziale Entmischung in der Stadt schreitet fort. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wächst, die Unterstützungen aus den staatlichen Transfersystemen beziehen. Trotz erheblicher Ressourceninvestitionen bestehen seit Jahren die gleichen Probleme in den Innenstadtbezirken: Arbeitslosigkeit, ungenügend qualifizierte Jugendliche, Integrationsprobleme, Jugendkriminalität und eine hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungsbildern. Hier ist erkennbar, dass die Reformkonzepte unserer Partei selten eins zu eins umgesetzt wurden. Bei

spielhaft sei hier an das Konzept JÜL erinnert, das zur Umsetzung der individuellen Förderkonzeption eine deutlich bessere Personalausstattung benötigt. Oder der Kita-Bildungsplan, zu dessen Realisierung kleinere Gruppen und mehr Personal nötig ist.

4. Familiäre Bildungs- und Erziehungsmerkmale sind gewichtige Umweltmerkmale. Gleichwohl hängen der Ausbau der Leistungsfähigkeit von Kindern und Integrationserfolge wesentlich vom Bildungssystem ab. In Kita und Schule müssen Wissensvermittlung und sozialer Kompetenzerwerb auf einem intensiven und langfristig angelegtem kognitiven Lernprogramm beruhen, will man die weniger leistungsmotivierten Kinder und Jugendlichen fördern. Dazu braucht es qualifizierte und engagierte Pädagogen. Lassen die familiären Verhältnisse wenig Sprachanlässe zu, muss eine hohe sprachliche Interaktionsdichte zwischen dem Pädagogen und dem Kind erfolgen. Dies wiederum erfordert kleine Kita- und Grundschulgruppen, die zwar kurzfristig viel Geld kosten, sich langfristig aber in niedrigen Arbeitslosenzahlen und sinkenden Transferleistungen volkswirtschaftlich rentieren.

5. Das Spannungsverhältnis zwischen Bildung und Politik lässt sich unter den gegebenen Umständen nicht auflösen. Wer von sich sagt, er oder sie mache Bildungspolitik, muss eine Vorstellung von den Zielen, Begriffen und Problemen in diesem Feld haben. Dazu bedarf es politischer Köpfe, die in langfristigen Sinnzusammenhängen denken und konzipieren können, die nicht einem technokratischen Modernisierungsgedanken anheim fallen, sondern ihrer Urteilskraft, Erfahrung und praktischen Vernunft folgen. Es reicht eben nicht, einen Bildungschip zu wollen oder Amtsinhaber zu sein. Es bleibt der Eindruck eines zerrissenen und reflexhaften Agierens seitens der Verantwortlichen und meine Sorge, dass so Wahlen verloren werden.

Dr. Andreas Boehme □

Rekommunalisierung:

Für eine bessere Daseinsvorsorge

Dr. Hans Willi Weizen: Sieben Eckpunkte für eine solidarische Stadt

Mancher hat die Hoffnung schon aufgegeben, dass die Arbeitsgruppe der Parteiführung, die sich seit neun Monaten mit der in der Koalitionsvereinbarung seit Jahren angekündigten Rekommunalisierung befasst hat, noch zu einem guten Ende findet. Der Koalitionspartner zog mit einem sehr detaillierten Landesparteitagsbeschluss im Frühjahr zunächst davon. Inzwischen hat der sozialdemokratische Landesparteitag einige konkrete Vorschläge

aus Kreisverbänden befasst, eine einschlägige Ideenkonferenz ist terminiert, der nächste Landesparteitag soll sich nun vor allem der Rekommunalisierung widmen.

Das nach neunmonatiger Diskussion in der Kommission von Michael Müller vorgestellte Papier ist eine gute Diskussionsgrundlage für den Leitantrag zum sozialdemokratischen Landesparteitag am 13. November 2010. Es kann und sollte in der weiteren Diskussion noch ergänzt werden. Da-

bei könnten auch die grundsätzlichen Überlegungen um Passagen zu Schlüsselbegriffen ergänzt werden

MANCHES KANN DER
MARKT NICHT

Daseinsvorsorge ist einer davon. Manches kann der Markt nicht. Das macht dann oft keiner oder der Staat. In Deutschland ist wenig streitig, dass der Staat die

Fortsetzung Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

sog. Ordnungsverwaltung erledigen soll, vor allem Sicherheit schafft und Regeln im Markt durchsetzt.

Die sog. Leistungsverwaltung, zu der auch die Vorsorgeverwaltung gehört, soll die Daseinsvorsorge sicherstellen, was der Markt allzu oft nicht schafft. Wo Daseinsvorsorge durch den Staat anfangen muß oder aufhören soll, ist umstritten und jeweils politisch zu bestimmen. Selbst Ernst Forsthoff, der den Begriff nachhaltig prägte, hat ihn im Zeitverlauf unterschiedlich weit ausgelegt.

Wichtig ist aber nicht, wie ein einzelner Jurist auf dem Weg vom regionalen Kriegsmangel zum regionalen Wirtschaftswunder zeitweilig einen Begriff verengt. Wichtig ist, welche Ziele politisch bestimmt werden und mittels staatlicher Unternehmen erreicht werden sollen. Letztlich sind das ganz einfache Fragen, die auch sehr einfach zu beantworten sind.

TEURES WASSER, BILLIGER ABFALL

Ein Beispiel: Berlin ist nach der aktuellen Betriebskostendatenbank des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) beim Wasserpreis im Vergleich der deutschen Großstädte klar am teuersten. Der Preis je Kubikmeter liegt um volle 1,79 € und damit um 54 % über dem Preis in der Millionenstadt Köln, womit ein Berliner Haushalt für 100 Kubikmeter jährlich 179 € mehr zahlt als einer in Köln. Die Berliner Wasserbetriebe sind teils privatisiert. Berlin hat nach der aktuellen Betriebskostendatenbank des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) bei der Müllgebühr im Vergleich der deutschen Großstädte mit 22,92 €/Kubikmeter weiterhin den günstigsten Preis aller untersuchten Städte. In der Berliner Stadtreinigung hat kein privater Eigentümer den Löffel im Napf. Wo also wird Daseinsvorsorge besser geleistet? Das zur marktgläubigen Demagogie, private sind preiswerter.

Ein zweiter Begriff, mit dem europarechtlich versucht wird zu fassen, was wir mit Daseinsvorsorge umschreiben, ist derjenige des allgemeinen wirtschaftlichen Interesses, heute in Artikel 86 des Lissabonvertrages zu finden. Hier kämpft Frankreich seit den Römischen Verträgen unverdrossen darum, auch mit staatlichen Unternehmen in der Wirtschaft tätig sein zu dürfen. Inzwischen hat Frankreich auch ein Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse durchgesetzt, das den Mitgliedstaaten einen weiten Ermessensspielraum bei der Organisation von Dienstleistungsunternehmen zusichert. Auch der Europäische Gerichtshof hat in Entscheidungen eine weite Auslegung vorgenommen. Man



Vorschläge zur Ergänzung des Rekommunalisierungspapiers: Hans Willi Weinzen.

wird sehen, wie die Europäische Kommission ihre Möglichkeiten zur Interpretation nutzt. Deutschland sollte sich jedenfalls an Frankreich ein Beispiel nehmen, was den Kampf um Spielräume für Daseinsvorsorge durch staatliche Unternehmen angeht.

DAS WIRTSCHAFTLICHE INTERESSE BESTIMMEN

Ein dritter und letzter Begriff, der in Berlin politisch bestimmt werden muß, ist der in § 65 der Landeshaushaltsordnung enthaltene Begriff des wirtschaftlichen Interesses (vgl. hierzu: Tafelsilber oder Kochgeschirr, Berliner Stimme 05. Dezember 2009, S. 17 f). Die geltende Koalitionsvereinbarung hat dies übrigens versucht. Der Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin (SPD) hat hier nichts geleistet. Ihm ist zugute zu halten, dass er die Sanierung und den Verkauf der Bankgesellschaft, die Optimierung mancher landeseigener Unternehmen und mit dem Bau des Großflughafens durch die auch vom Land getragene Flughafengesellschaft nach dem Versagen der Privaten auch jenseits der Haushaltssanierung gut zu tun hatte. Die Verschönerung seiner Abschiedsbilanz durch Vermögensverkäufe und den habituellen Verzehr von Grundstücksverkaufserlösen gab es aber auch.

Der gegenwärtige Finanzsenator (parteilos, für SPD) ist bislang bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in Sachen Rekommunalisierung auch nicht proaktiv auffällig geworden. Er verkauft anscheinend lieber - sei es GSW und, wenn man ihn läßt, auch noch die Berliner Immobilienholding (BIH). Ob er der richtige Senator ist, um rot-rote Koalitionsvereinbarungen umzusetzen? Das Papier von Michael Müller stünde einem sozialdemokratischen Finanzsenator gut zu Gesicht.

Als sich die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik anschloss, verlor der Staat dort seine auch im Eigentum wurzelnde dominierende Rolle in der Wirtschaft, die er seit Bodenreform und Volks-

entscheid in Sachsen schrittweise erlangt hatte. Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik gab der bereits laufenden marktgläubigen und haushaltsverschönernden Privatisierungswelle zusätzlichen Schwung. Die Treuhand verstand sich als Resterampe des Ostens, im Westen wurde die Post tranchiert und verscheuert und mit der Zerstörung der Bahn zwecks Haushaltsentlastung durch Börsengang begonnen. In Berlin erzwang die Finanzkrise des Landes Verkäufe. Dies alles ist Vergangenheit.

Für die Zukunft gibt Michael Müllers Papier bereits wichtige Orientierungen und positioniert uns zwischen staatsgläubigen und markthörigen Positionen. Es sollte jedoch noch wie folgt ergänzt werden:

VORSCHLÄGE ZUR ERGÄNZUNG

1. Mit der Stärkung des kommunalen Einflusses in der Daseinsvorsorge verfolgt die Berliner Sozialdemokratie das Ziel, gerade für die sozial schwachen Berlinerinnen und Berliner profitorientierten schlechten Leistungen wie bei der S-Bahn und explodierenden Preisen wie bei den Wasserbetrieben entgegenzuwirken. Für die in Unternehmen der Daseinsvorsorge beschäftigten Berlinerinnen und Berliner werden angemessene Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen gesichert, der soziale Kahlschlag, wie er gerade bei der weitgehend privatisierten Post von Brief bis Telefon stattfindet, ist das abschreckende Gegenbild.

2. Der Rückerwerb der privatisierten Teile der Berliner Wasserbetriebe kann auch Schritt für Schritt erfolgen, indem zunächst nur ein privatisierter Anteil rückerworben wird. Der Verkaufswille der Privaten ist zu fördern. Hier kann die dem Landesparteitag vorgelegte Novelle zum Betriebesgesetz helfen. Auch eine Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Tarifgenehmigung ist ergänzend zum laufenden einmaligen Verfahren beim Bundeskartellamt zu prüfen.

3. Ein Berliner Einfluß auf die Berliner S-Bahn kann auch schrittweise erlangt werden. Hier ist eine Minderheitsbeteiligung zu prüfen. Da die für die weitgehende Zerstörung der zuvor intakten Berliner S-Bahn verantwortliche Privatisierungspolitik der Deutschen Bahn nur aufgeschoben, jedoch nicht aufgehoben ist, ist ein Vorkaufsrecht Berlins für den Fall des Börsengangs anzustreben.

4. Der Senat wird umgehend mit dem Land Brandenburg das Gespräch mit dem Ziel suchen, dass sich auch Brandenburg an der S-Bahn beteiligt. Ein koordiniertes Handeln der beiden rot-roten Landesregierungen wird angestrebt.

5. Ein Verkauf von landeseigenen Gesellschaften mit Wohnungsbeständen in Ber-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

lin darf nur erfolgen, wenn im Ergebnis ein Bestand von 250.000 Wohnungen in Landeseigentum nicht unterschritten und der Verkaufserlös in andere Unternehmen der Daseinsvorsorge reinvestiert wird.

6. Dem Liegenschaftsfonds wird als Teil seines Zielbildes vorgegeben, zunehmend Grundstücke mit Erbbaurechten zu einem

verminderten Zins an landeseigene Wohnungsgesellschaften zu vergeben, die darauf Wohnungen für sozial schwache Berlinerinnen und Berliner errichten.

7. Für die Finanzierung von Investitionen in die Daseinsvorsorge werden verschiedene Instrumente genutzt:

○ Erlöse aus Verkäufen von Beteiligungen und Grundstücken werden für den

Kauf von Unternehmen der Daseinsvorsorge zweckgebunden. Mittelfristig wird dafür wieder ein Grundstock gebildet.

○ Die Investitionsbank Berlin wird gesetzlich in ihrer erklärten Funktion gestärkt, nicht nur als Förderbank, sondern auch Strukturbank zu wirken. An gesetzliche Grundlage wird insoweit an die Kreditanstalt für Wiederaufbau angegliedert. Die Investitionsbank kann dann als Platzhalter für zu rekommunalisierende Unternehmen wirken.

○ Gewinne der rekommunalisierten Unternehmen, insbesondere der Wasserbetriebe, dienen vorrangig der Refinanzierung von zum Rückerwerb eingegangenen Verpflichtungen.

○ Das Land unterstützt durch eigene Kreditaufnahme sowie Bürgschaften und Garantien für landeseigene Unternehmen den Erwerb von Unternehmen der Daseinsvorsorge.

○ Nach Wiedereinführung der von FDP und CDU abgeschafften Vermögensteuer werden den Ländern zustehenden Einnahmen in Berlin vorrangig genutzt, um Verbindlichkeiten aus dem Ausbau der Daseinsvorsorge abzulösen.

LÜCKEN IM PROGRAMM

Rot-rot-grün ist aufgefordert, über diese Alternative zu gelb-schwarzen neoliberalen Ideologien zu debattieren. Sie schließt peinliche Lücken im Konzept des Koalitionspartners und zeigt zugleich ein klaffendes Loch im grünen Programm auf. Etwas Markt für die S-Bahn, etwas Stadtwerk bei der Energie und etwas hilflos bei der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe - die aktuelle Position der grünen Abgeordnetenhausfraktionsklausur ist nicht wirklich bündnisfähig, jedenfalls nicht nach links. Ob das ein Zufall ist?"

Hans Willi Weitzen □

mehr zu öffentlichen Unternehmen in: Hans Willi Weitzen: Berlin in der Finanzkrise. Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, S. 96-164, ISBN 978-3-8305-1445-9

Termine: Debatte zur Rekommunalisierung

Berliner Ideenkonferenz #3 - „Verantwortung für das Gemeinwesen - Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“, u.a. mit Michael Müller und Klaus Wowereit, Montag, 25. Oktober, 16.30 Uhr, Alte Pumpe, Lützowstraße 42, 10785 Berlin

Öffentliche Abteilungsversammlung der SPD Rudow, „Rekommunalisierung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung“ mit Herbert Strobel, Lt. Angestellter der Vattenfall Europe Holding, Daniel Thiele, Betriebsrat (ver.di) der Vattenfall Europe Berlin, 21.09.2010 um 19:30 Uhr in der Alten Dorfschule Rudow (Alt-Rudow 60, 12355 Berlin).

P OST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN**MEHR TUN FÜR INTEGRATION****Betr.: Brief des Landesvorsitzenden an die Mitglieder**

Lieber Michael, Integration passiert im Stadtteil, in der Schule, in der Kita und natürlich in der umliegenden Nachbarschaft. Stadteilmütter sind im Schiller-Kiez in Neukölln Nord wichtig. Ich finde es gut, dass Du dafür sorgen willst, dass mehr Mütter aus Migrantenfamilien geschult werden sollen, um Problemfamilien auch in anderen Ortsteilen anzusprechen und zu motivieren, Deutsch zu lernen, ihre Kinder richtig zu erziehen und in die Kita zu schicken. Aber gleichzeitig gibst Du doch damit auch zu verstehen, dass unsere Schulen, Kitas und Sozialarbeiter immer noch keine Chancen haben, diese Familien erfolgreich anzusprechen und dass insofern unsere Integrationspolitik bisher gescheitert ist.

Und was soll Dein Jubel über die Abschaffung der Hauptschulen? Sind die schwierigen Jugendlichen jetzt weniger schwierig? Werden sie nicht noch mehr Mitschüler künftig aufmischen oder terrorisieren? Sind die Lehrer aus den bisherigen Realschulen besser geeignet, mit diesen Jugendlichen umzugehen? Welche zusätzliche pädagogische Fortbildung haben die Lehrer unserer integrierten Sekundarschulen bekommen?

Es gab gute und weniger gute Hauptschulen. Haben wir wenigstens versucht, das Gute an den guten Hauptschulen erfolgreich in die neuen Schulen einzubringen? Oder geht es ihnen wie der Werner Stephan Hauptschule, die einen erfolgreichen Unterricht in einem gut ausgestatteten Schulgebäude aufgeben muss, weil sie in ein größeres Gebäude ohne gleichwertige adäquate Ausstattung ziehen muss?

Lieber Michael und Ihr Genossen auf Landesebene, bitte sorgt dafür, dass es genügend Geld für Deutschkurse, für ausreichende Kitaplätze, für die notwendige pädagogische Fortbildung von Erziehern und Lehrern und für die Finanzierung von weiteren Vorschlägen unseres Genossen Buschkowsky gibt.

Bitte sorgt auch dafür, dass die Ämter, Schulen, Sozial-, Polizei- und Justizbehörden

sich gegenseitig im Interesse der Betroffenen informieren dürfen, wenn etwas schief läuft, und dass niemand sein Nichtstun mit dem Hinweis auf den Datenschutz begründen darf.

Und hört endlich damit auf, zu behaupten, dass es gegen die humanistischen Prinzipien unserer Partei verstößt, wenn Genossen darauf hinweisen, dass es in unserer Stadt leider viele Menschen gibt - die zwar genauso viel wert sind wie Du oder Genosse Wowereit -, die aber den Sozialstaat abzocken und betrügen, den öffentlichen Frieden stören, Gewalt anwenden, die Frauen nicht achten, sich weigern Deutsch zu sprechen und verhindern, dass ihre Kinder als deutsche Kinder mit gleichen Rechten und Pflichten großgezogen werden.

Jürgen Tägert □

„GESCHÜTZTE ZONE“ SPD?**Betr.: Artikel von Mark Rackles, BS 17-2010**

Schon der erste Absatz des Artikel von Mark Rackles reicht mir: Um bei seinem Stil zu bleiben: Für mich ist Mark Rackles ein typischer Polit-Karrierist, der bisher nie außerhalb der Partei, parteinahen Organisationen oder auf Empfehlung der Partei einer Berufstätigkeit nachgegangen ist, sondern vielmehr seine Erfolge durch geschicktes Kungeln in diversen Parteiflügeln erzielt hat.

Eine solche Person hat aus meiner Sicht nicht das Recht, in derartiger Weise über jemanden herzuziehen. Er schadet damit dem Ansehen der Partei, weil der Eindruck erweckt wird, wir würden Menschen mit bestimmten Eigenschaften nicht in unseren Reihen dulden. Und leider, leider nimmt in unserer Partei die Zahl derer zu, die keiner Berufstätigkeit außerhalb der „geschützten Zone“ SPD nachgehen. Sie stehen damit nicht im realen Leben, die schönen Reden sind hohl. Das merken die Wählerinnen und Wähler sehr wohl und „honorieren“ dies entsprechend.

Nach 30 Jahren Parteizugehörigkeit denke ich intensiv darüber nach, ob die SPD noch meine Partei ist, in die ich aus Überzeugung seinerzeit in Steglitz eingetreten bin.

Margret Radebold □

Holger Hübner:

Die Straße als Störfall

Afrikanisches Viertel: Straßennamen geändert - Geschichte aufgearbeitet?

Das Afrikanische Viertel im Wedding ist ins Gerede gekommen. Denn die Straßennamen dort legen fast alle Zeugnis ab von Deutschlands kolonialer Vergangenheit. Derzeit wird in der Gedenktafelkommission Mitte der Text für eine Informationstafel diskutiert, die im Viertel aufgestellt werden soll. Und das August-Bebel-Institut zeigt im Kurt-Schumacher-Haus unter dem Titel „freedom roads! koloniale Straßennamen - postkoloniale Erinnerungskultur“ eine sehenswerte Ausstellung. Es ist gut, dass man die Geschichte des Viertels und der Straßennamensgebungen erläutert. In der Ausstellung werden auch Lebensläufe von afrikanischen Freiheitskämpfer(inne)n gezeigt und Berliner Straßenschilder, die schon mal deren Namen tragen. Denn es gibt wachsende Bestrebungen, zumindest zwei Straßen und einen Platz im Afrikanischen Viertel umzubenennen: Lüderitzstraße, Nachtigalplatz und Petersallee.

Bei der Petersallee mutet dies seltsam an, denn diese ursprünglich nach dem berüchtigten Kolonialbeamten Carl Peters („Hänge-Peters“) benannte Straße ist bereits im Sommer 1986 umgewidmet worden und trägt seither ihren Namen nach dem NS-Widerstandskämpfer und nachmaligen CDU-Politiker Hans Peters. Die Vorbereitungen zur Namensumwidmung geschahen noch zur Amtszeit von Bezirksbürgermeisterin Erika Heß, die nur kurze Zeit vor der Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse starb. Nun will man aber, so scheint es, in einigen Kreisen nicht wahrhaben, dass die Petersallee seit fast zweieinhalb Jahrzehnten nichts mehr mit dem deutschen Kolonialismus zu tun hat.

Doch selbst wenn die Initiatoren sich hier zurücknehmen, blieben zumindest die Lüderitzstraße und der Nachtigalplatz als Ziele für Umbenennungen. Dass Gustav Nachtigal (1834-1885) sich Verdienste in erster Linie nicht als Kolonialbeamter erworben hat, sondern als Forschungsreisender wird dabei fallengelassen. Der Mann, der erst ein Dreivierteljahr vor seinem Tode im Auftrag des Reichs die deutschen „Schutzgebiete“ Togo und Kamerun begründete, muss einfach weg aus dem Straßenbild.

Ebenso ergeht es dem Bremer Kaufmann Adolph Lüderitz (1834-1886). Muss man bei-der aber nicht auch aus ihrer Zeit heraus sehen und zu verstehen versuchen? Sie lebten damals in der hohen Zeit des europäischen Kolonialismus und das junge Deutsche Reich wollte daran teilhaben. Das war



Ausstellungseröffnung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163. Foto: Horb

zwar aus heutiger Sicht nicht richtig, für die betroffenen Völker und Volksgruppen völlig ungerecht und für viele Menschen mit Not oder gar Tod verbunden - aber so war das zu dieser „großen“ Zeit. Damit allerdings muss man sich auseinandersetzen.

Natürlich hat Lüderitz durch seinen jungen Firmenbeauftragten Heinrich Vogel-sang 1883 den Stammesfürsten, dem er viel Land im heutigen Namibia abnahm, auf gemeinste Weise betrogen. Und wahrscheinlich hat sich der Großkaufmann dabei sogar kräftig ins Fäustchen gelacht wie der Häuptling reingelegt wurde. Dass Nachtigal im Jahr darauf diesen auf betrügerische Weise zustande gekommenen Besitz bestätigte und damit die damaligen deutschen Interessen vertrat, verurteilen wir heute.

GELASSENER UMGANG IN AFRIKA

Doch in Afrika geht man mit der deutschen kolonialen Vergangenheit gelassener um als hier. In Namibia gibt es nach wie vor die Kleinstadt Lüderitz mit der vorgelagerten Haifischinsel (Shark Island) und

Internetforum lädt zur Diskussion

Neue Straßennamen Ja oder Nein? Wie schnell soll eine Umbenennung erfolgen? Auf welche neuen Namensgeberinnen und -geber kann man sich verständigen? Diese Fragen werden auch in einem Debattenforum diskutiert, das die Ausstellung begleitet: <http://freedom-roads.de/frdd/forum/list.php?2>

dem darauf befindlichen Lüderitzdenkmal. In Duala (Kamerun) steht bis heute das Gustav-Nachtigal-Denkmal, das ihm 1894 von den „deutschen Kaufleuten in Westafrika“ (so die Inschrift) gewidmet wurde. An der Küste Kameruns befinden sich das Kap Nachtigal und im Landesinneren am Fluss Sanaga die nach ihm benannten Stromschnellen.

POLITISCHE KORREKTHEIT?

Hier jedoch wird eine Straße, ein Platz zum unbedingten Störfaktor und soll für die „political correctness“ geopfert werden.

Doch damit wäre es ja nicht getan: Was soll denn z.B. mit der Schweinfurth- und der Rohlfstraße in Dahlem geschehen? Georg Schweinfurth (1836-1925) zog von Khartum aus gemeinsam mit Sklavenjägern nilaufwärts, wurde sogar Vorstandsmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG) und forderte zu weiteren Eroberungen auf. Er war aber auch Pflanzenforscher, Ethnologe und Geograph. Nicht ohne Grund befindet sich sein Grab im Botanischen Garten. Soll man das nach dem Motto „Ruhezeit abgelaufen“ einebnen? Und die Berliner Gedenktafel für ihn in Schöneberg? Abnehmen oder nur das Porzellan zerschlagen, aus dem sie besteht?

Schließlich Gerhard Rohlf (1831-1896), in dessen Auftrag Nachtigal Reisen im Norden Afrikas unternahm: Er durchquerte nicht nur selbst die Sahara, sondern war unter anderem 1884/1885 für einige Monate deutscher Generalkonsul in Sansibar und wie Schweinfurth im Vorstand der DKG!

Dann gäbe es z.B. noch die Wissmannstraßen in Grunewald und Neukölln, benannt nach dem Kolonialpolitiker Hermann W., die Woermannkehre in Britz nach dem Kaufmann Carl W., dessen Handelsinteressen in Togo und Kamerun zu schützen überhaupt die „Schutzgebiete“ errichtet wurden, oder in Charlottenburg das Grab des letzten Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika und letzten Präsidenten der DKG, Heinrich Schnee. Was, um zum Wedding zurückzukehren, ist denn mit Kiautschou- und Samoastraße sowie dem Pekinger Platz vorgesehen? Oder sind die bisher nur übersehen worden?

Ich finde, etwas mehr Gelassenheit wäre auch bei uns durchaus angebracht. Geschichte soll und muss aufgearbeitet werden, aber die Tilgung von Namen aus dem Stadtbild und Straßenumbenennungen sind nicht unbedingt der geeignete Weg dazu.

Holger Hübner □

Karl-Heinz Niedermeyer:

Von Masken und Straßenschildern

Zum Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart Berlins

Von dem Bedürfnis „auf dem harten Boden zu tanzen“ und damit die Geister der kolonialen Vergangenheit Afrikas zu beschwören, spricht einer der Begründer der afrikanischen Erneuerungsbewegung des 20. Jahrhunderts Négritude, der senegalesische Dichter und Staatspräsident Leopold Senghor in seinem Gedicht „Masken“ beim Anblick von Masken des Künstlers Joe Sam-Essandoh, wie sie in der Ausstellung „freedom roads! koloniale Straßennamen / postkoloniale Erinnerungskultur“ zu sehen sind, Masken, die mit zu Symbolen werdenden „Kolonialwaren“ und Gegenständen wie Kaurimuscheln, Hörnern von Zeburindern, Fellstücken von Wildtieren und anderen natürlichen Elementen die aus kolonialer Unterdrückung und politischer und kultureller Befreiung zusammengesetzte Identität einzelner afrikanischer Länder gestalten.

Auch Berlin als ehemalige Hauptstadt des in seinen kolonialen Ambitionen mit anderen imperialistischen Mächten wie Großbritannien und Frankreich konkurrierenden Zweiten Deutschen Kaiserreichs und inzwischen Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland hat - gerade kurz nach dem 125. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz, in der der „schwarze“ Kontinent zwischen den europäischen Großmächten aufgeteilt wurde - natürlich, ohne die Betroffenen, die Afrikanerinnen und Afrikaner zu fragen - noch erheblichen Nachholbedarf an Aufarbeitung seiner kolonialen Vergangenheit.

KOLONIALMACHT WIDER WILLEN?

Ein Detail der Ausstellung, eine leere Kornschnaps-Flasche an einer Säule mit symbolischen Objekten zur Illustration des Ausstellungsthemas, zu denen Besucherinnen und Besucher eigene gegenständliche „Spenden“ beitragen können, wirft dabei ein kritisches Streiflicht auf die angebliche Distanz des Präsidenten der Berliner Afrika-Konferenz, des damaligen Reichskanzler Bismarck zu jedweden kolonialen Abenteuern. Die auch von seriösen Historikern mitgeprägte Überlieferung sagt, Bismarck habe sich nur unter dem starken Druck von Wirtschaftskreisen bereit gefunden, begrenzte koloniale Erwerbungen unter den Schutz des Reiches zu stellen, die in keiner Weise mit der imperialistischen Expansion der anderen europäischen Kolonialmächte verglichen werden könnten.



Ausstellung in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses, Johanna Gisela Bechen. Foto: Niedermeyer

Diese Bewertung der Politik Bismarcks wird oft belegt mit folgendem Zitat: Bismarck vor einer Weltkarte: „Hier ist Frankreich, hier ist Deutschland, hier ist Russland. Dies ist meine Karte von Afrika.“

Auf der anderen Seite war Bismarck befreundet mit dem Hamburger Kaufmann und Kolonialunternehmer Woermann, der Schnaps als wirksames „Reizmittel“ für erfolgreiche Geschäfte mit Afrikanern beim Landerwerb in Afrika ansah. Bismarck selbst brannte auf seinen Gütern in großem Umfang Kornschnaps. Gibt es da einen Zusammenhang mit seiner Sinnesänderung in Fragen der Kolonialpolitik?

EIN POLITISCHES PROJEKT

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das politische Projekt der Änderung von Straßennamen, die an koloniale Verbrechen und Verbrecher erinnert, konzentriert auf das gesamte „Afrikanische Viertel“ mit Nachtigalplatz, Lüderitzstraße und Petersallee. (In einer halbherzigen Aktion in den 1980er Jahren von der Erinnerung an Eroberer „Deutsch-Ostafrikas, dem heutigen Tansania in ein Erinnerungsmal an den ziemlich unbekanntem BVV-Abgeordneten Hans Peters verändert, aber wegen der stärkeren historischen Tradition immer noch an den berüchtigten und von den Nazis zum Nationalhelden stilisierten Carl Peters erinnernd.)

Bezirksbürgermeister Christian Hanke hat sich aus meiner Sicht in für die gesamte Berliner SPD exemplarischer Weise der postkolonialen Erinnerungskultur in Berlin angenommen, indem er in seinen Reden zur Eröffnung der Ausstellung und zur Eröffnung des nun zum zweiten Mal im Wedding stattfindenden Afrika-Festes nicht nur die von den Kurator/innen Christian Kopp von Berlin Postkolonial und HMJokinen sowie und von einem großen

Netzwerk geforderte Umbenennung der drei genannten Straßen und Plätze mit den Namen Nachtigal, Lüderitz und Peters, sondern darüber hinaus das Projekt eines Erinnerungsortes Afrikanisches Viertel befürwortet hat.

EIN BREITES BÜNDNIS IST NOTWENDIG

Ich selbst und mit mir der Fachausschuss Internationales unterstützen den Bezirksbürgermeister von Mitte auch in seiner Auffassung, dass dieses Projekt - angesichts der Widerstände, die mit jeder Umbenennung von Straßen und Plätzen verbunden ist, denn immer gibt es Einwände wegen finanzieller Kosten, Änderung von Firmenadressen, Orientierungsproblemen im eigenen Kiez und Schwierigkeiten, Kontakte mit Bekannten und Kunden aufrechtzuerhalten - nur gelingen kann, wenn es sich die SPD in der gesamten Stadt zu eigen macht und auch ein möglichst breites und überparteiliches Bündnis für dieses Anliegen zustande kommt.

Von der politischen Dringlichkeit der Umbenennung kolonialer Straßennamen sind ja auch andere Bezirke betroffen. Mit der Umbenennung des an den Begründer der kurbrandenburgischen Sklavenhandelsfestung Groß-Friedrichsdorf in Ghana zur Zeit des Großen Kurfürsten erinnern den Gröbenufers in Kreuzberg in May-Ayim-Ufer in diesem Jahr, mit der jene aus Ghana stammende afro-deutsche Dichterin und Wissenschaftlerin May Ayim geehrt wird, die schon in den 1990er Jahren die Forderung nach einer Umbenennung von kolonialen Straßennamen in Berlin aufgestellt hat, ist ja schon ein erfolgreicher Anfang gemacht.

In Steglitz-Zehlendorf allerdings stößt eine maßgeblich auch von der dortigen SPD getragene Initiative zur Umbenennung von zwei Straßen am Ethnologischen Museum (Lansstraße, Iltisstraße), die an die „ruhmreichen“ Taten deutscher Truppen während des sogenannten Boxer-Aufstandes in China im Jahre 1900 erinnern - damals hielt Kaiser Wilhelm II. seine berühmte Hunnen-Rede - auf starken Widerstand vor allem von der örtlichen CDU.

Die von Frau Jokinen und Christian Kopp im August-Bebel-Institut wissenschaftlich und künstlerisch so akribisch wie anschaulich und phantasievoll gestaltete Ausstellung, die noch bis zum 3. Oktober besichtigt werden kann (Öffnungszeiten Mo. - Fr. 14 - 18 Uhr Tel. 4692119 www.freedom-roads.de

weiter Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

- Schulklassen und Gruppen können auf Anfrage eine sachkundige und zugewandte Führung erhalten), liefert das nötige Anschauungsmaterial für dieses für die Stadtpolitik enorm wichtige Projekt.

Ich selbst konnte eine Entdeckung machen, die wie eine Belohnung meiner eigenen Anstrengungen um die postkoloniale Erinnerungskultur in Berlin und anderswo wirkte. 2005 führten die Berliner Jusos eine sehr gut besuchte Veranstaltung zur Erinnerung an den von deutschen „Schutztruppen“ verübten Völkermord an den Völkern der Herero und Nama im heutigen Namibia durch, bei der ich für den Fachausschuss Internationales mit einem Grußwort beteiligt war.

**ERFOLGREICHE UMBENENNUNG
IN MÜNCHEN**

Im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen stand die Rolle des deutschen Kolonialoffiziers Lothar von Trotha, der mit seinem Vernichtungsbefehl gegen die aufständischen Herero, auf den sich der Vorwurf des deutschen Völkermordes gründet, eine traurige Berühmtheit erlangt hat.

In der Versammlung wurde mir bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt noch eine Straße in München den Namen von Trotha trug. Ich wandte mich an den früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit der Anregung zu prüfen, ob es nicht möglich sei, eine Umbenennung dieser Straße in Gang zu bringen. Seitdem habe ich nichts mehr von der Sache gehört, mich allerdings auch nicht weiter darum gekümmert.

Nun ist in der Ausstellung im KSH eine lange Liste von Umbenennungen von kolonialen Straßennamen in vielen - größeren und kleineren - deutschen Städten zu finden. Und unter dem Stichwort München ist folgende Eintragung zu lesen: München-Trudering: Umbenennung der Von-Trotha-Straße in Herero-Straße.

Auch Berlin hat inzwischen einen Gedenkort für den Völkermord an den Hereros, der erst vor Kurzem eingeweiht wurde - auf Initiative des Beirats bei der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und seines Mitglieds Johannes Wendet und des FA I und nach jahrelangen Anstrengungen unseres BVV-Mitglieds Marcus Albrecht in Neukölln. Begleitet von Reden des namibischen Botschafters Neville Gertze und von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky wurde neben dem an gefallene Mittäter in dem Massaker an den Hereros erinnernde „Schutztruppen-Stein“ auf dem Garnison-Friedhof in Neukölln eine schwarze Marmortafel mit den Umrissen der Staatsgrenzen Namibias aufgestellt, die an die Opfer aus den Völkern der Herero und Nama erinnert. (Das Wort „Völkermord“ kommt aus politischen Rücksichten und dem Bedenken, keine Entschädigungsforderungen zu begründen, in der Inschrift auf der Tafel leider nicht vor.)

**FRAGE DER
WIEDERGUTMACHTUNG**

Die Frage einer symbolischen oder auch materiellen Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts gegenüber den Herero und Nama ist weiter politisch aktuell und war

wesentlicher Teil der Forderungen der Kampagne zum 125. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz im letzten Jahr. Vom letzten Landesparteiabend liegt dem FA I ein Antrag der Berliner Jusos zur Aufarbeitung des Völkermordes an den Herero und Nama zur Stellungnahme vor, der auch die Forderung nach einer zeitgemäßen materiellen Entschädigung enthält. Der FA I wird diese Forderung im Grundsatz unterstützen.

Zum Schluss noch ein kleines Detail zu der Ausstellung, die ja eine Mitmach-Ausstellung ist, zur Anregung. Für die Säule mit den symbolischen Objekten hat meine Frau Johanna Gisela Bechen, die sich als Philosophin intensiv mit dem Problem der Gerechtigkeit beschäftigt, eine Kombination aus einem Salz- und einen Pfefferstreuer zusammen mit einem stilisierten Tisch auf Karton gefertigt, der jetzt - zusammen mit der erwähnten Schnapsflasche und einem von der Kuratorin HMJokinen in der Baustelle des auf den Hamburger Kolonialverbrecher zurückgehenden Wissmann-Hauses gefundenen Schlüssel an dieser Säule hängt und mit der gesamten Ausstellung auf Rundreise durch Deutschland gehen wird.

Das Objekt, ästhetisch ein sogenanntes Objekt trouvé, erinnert daran, dass in Südafrika zur Zeit der Apartheid nicht nur in südafrikanischen, sondern auch in deutschen Firmen in der Kantine Salz- und Pfefferstreuer nur auf den für weiße Mitarbeiter bestimmten Tischen standen.

Karl-Heinz Niedermeyer, Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung □

Rechtes Milieu

Studie zur NPD und ihrem Umfeld

Die Publikation „Die NPD und ihr Milieu“ vereint zahlreiche Aufsätze, meist erweitert und auf den neuesten Stand gebracht, die Botsch und Kopke in den vergangenen Jahren zum Thema Rechtsextremismus veröffentlicht haben. Beide sind als ausgewiesene Politikwissenschaftler Mitarbeiter am Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam.

Gideon Botsch hat erst jüngst in einer sehr präzisen Analyse nachgewiesen, dass nicht wenige Äußerungen des aktuellen Medienlieblings Thilo Sarrazin rassistisch zu nennen sind. Die Berliner Landesschiedskommission der SPD wollte unverständlicherweise der Argumentation von Botsch nicht folgen, wiewohl die gereizte Reaktion des Sarrazin deutlich machte,

Gideon Botsch/Christoph Kopke, Die NPD und ihr Milieu, Münster und Ulm 2009



dass er sich getroffen fühlte.

Die Autoren erläutern zunächst die verschiedenen Definitionen von Rechtsextremismus, wie sie in der Literatur zu finden sind, beschreiben das Verhältnis der NPD zum historischen Nationalsozialismus und untersuchen in Länderstudien den, vor al-

lem kommunalpolitischen, Erfolg der NPD in Baden-Württemberg und in Brandenburg.

Die „Drei-Säulen-Strategie - Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente“ (107) war nur zum Teil erfolgreich, aber es kann keinen Zweifel geben, dass die programmatische „Mischung aus ressentimentgeladener, rassistisch-antisemitischer Problembeschreibung und unrealistisch-simplifizierender Problemlösungen“ (S. 99) brandgefährlich ist.

Botsch und Kopke verschweigen nicht, dass viele Indizien für eine Krise der NPD sprechen, von der sie sich vielleicht nicht so schnell erholen wird. Aber gerade die „intellektuelle Anspruchslosigkeit ihrer Programmatik“ (S. 108), die manche Beobachter für eine Schwäche halten, war schon früher eine Voraussetzung für ihren Erfolg.

Es gilt daher weiterhin wachsam zu sein und das Thema Rechtsextremismus „nicht schon als erledigt zu betrachten“ (109). Das kleine Büchlein der beiden Autoren ist dabei eine große Hilfe.

Siegfried Heimann □

Wochen der SPD in zwei Bezirken

Zahlreiche Diskussionsveranstaltungen in Mitte und Steglitz-Zehlendorf

Bis zum Ende des Monats setzt die SPD Mitte ihre „Wochen der SPD“ fort. Eine Auswahl aus den Terminen:

■ Sonntag, 19.9., 14 Uhr: Rundgang Gedenkstätte Topographie des Terrors - Ausstellung „Berlin 1933-45 zwischen Terror und Propaganda“; Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin

■ Montag, 20.9., 17:30 Uhr: Gentrifizierungstendenzen in Mitte am Beispiel des südlichen Moabit; Start U-Bhf Turmstr., Ausgang Alt-Moabit, Backwarenstand in der Vorhalle

■ Montag, 20.9., 20 Uhr: Bürgergespräch der Abteilung Bellevue zum Thema „Innere Sicherheit“ mit Innensenator Ehrhart Körting und Bilkay Öney, MdB; Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

■ Donnerstag, 23.9., 18:30 Uhr: Filmvorführung der AfB Mitte: „Der Die Das“ Dokumentarfilm von Susanne Narr über 4 Kinder in der 1. Klasse einer Weddinger Grundschule; Lehr- und Lernwerkstatt DaZ, Turmstr. 75, 10551 Berlin

■ Freitag, 24.9., 16 Uhr: Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer: Führung mit Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer und Rainer E. Klemke (Senatskanzlei); Treffpunkt Besucherzentrum Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

■ Samstag, 25.9., 11 Uhr: Arbeitslosenfrüh-

stück mit Rechtsberatung der AWO Mitte und der Abteilung Gesundbrunnen; AWO Club 56, Rheinsberger Str. 56, 10115 Berlin

■ Montag, 27.9., 19 Uhr: Diskussionsveranstaltung: „Solidarische Stadtgesellschaft, eine Chance für uns alle?“ mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB; im Schiller-Treff, Schwyzer Str. 11, 13349 Berlin

■ Dienstag, 28.9., 19 - 20:30 Uhr: Bürgerveranstaltung: „Integrationspolitik im Kiez und in Berlin“ mit Raed Saleh, MdB, Ilkin Özisik, Vorsitzender der AG Migration Mitte und Thomas Isenberg, MdB; Galerie Nord, Alt-Moabit, Turmstr. 75, 10551 Berlin

■ Donnerstag, 30.9., 18 Uhr: Infoveranstaltung der Abteilung 16 zur Umgestaltung und Geschichte des Pekinger Platzes mit Vortrag; Café Auszeit, Kiautschoustr. 12a, 13353 Berlin

➡ Alle Termine: www.spd-mitte.de

Um „Politik zum Anfassen“ zu ermöglichen, bietet die SPD Steglitz-Zehlendorf vom 18. bis 26. September über 35 Veranstaltungen - von der klassischen Diskussionsveranstaltung über Kinderfeste und Stadtrundgänge bis hin zu Kinofilmen.

Insgesamt über 70 Ehrenamtliche haben die Veranstaltungen organisiert. „So unterschied-

lich wie die Veranstaltungsformate sind auch die Themen, mit denen wir uns beschäftigen wollen. Eines steht aber immer im Mittelpunkt: die Frage, wie wir unsere Gesellschaft in Zukunft gestalten wollen und was wir verändern müssen, damit es besser wird“, so der Kreisvorsitzende Michael Arndt.

■ Samstag, 18.09.2010, 14.00 Uhr Öffentlicher Rundgang: Das Lüdecke-Grün in Lankwitz, Landschaftsschutz vor Ort, Wunsiedeler Weg 28/30, 12247 Berlin,

■ Sonntag, 19.09.2010, 14:45 Uhr Führung durch die Ausstellung „Mehr als ein Name - Opfer des Nationalsozialismus aus Steglitz und Zehlendorf“, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin-Steglitz

■ Dienstag, 21.09.2010, 15:00 Uhr Zukunft der Senioren: Altenplanung in Berlin, Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde-West, Hans-Sachs-Straße 4d, 12205 Berlin

■ Dienstag, 21.09.2010, 19:30 Uhr „20 Jahre Einheit - 20 Jahre SPD + SDP“, Diskussion u.a. mit Ingrid Stahmer, ehem. Senatorin für Schule, Jugend und Sport, Rathaus Steglitz

■ Mittwoch, 22.09.2010 Kommunalpolitischer Rundgang in Zehlendorf-Mitte u.a. mit Baustadtrat Uwe Stäglin, Heimatmuseum Zehlendorf, Ecke Clayalle /Potsdamer Straße

➡ Alle Termine: www.spd-suedwest.de

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

■ **Bunt und laut wie der Kiez: Das Falkplatzfest**, 18.09., 14:00 Uhr, SPD Pankow - Abteilung Falkplatz-Arnimplatz, Falkplatz, 10437 Berlin. Das 9. Falkplatzfest steht unter dem Motto des Europäischen Jahres 2010 „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

■ **Demo gegen Nazi-Aufmarsch und „Rechtsrockkonzert“**, 18.09., Oberschöneweide, mehr Informationen auf www.spd-berlin.de

■ **Rundgang: Das Lüdecke-Grün in Lankwitz**, Landschaftsschutz vor Ort, 18.09., 14:00, SPD Lankwitz, Treffpunkt Wunsiedeler Weg 28/30, 12247 Berlin

■ **Swen Schulz, MdB, auf „Kümmertour“** in Staaken und an der Heerstraße, 18.09., 9:30 - 10:30 Infostand vor dem Einkaufszentrum, Obstallee, 13593 Berlin, von 10.45 bis 11.45 Uhr Heerstraße/ Wilhelmstraße, vor Reichelt.

■ **Frühschoppen**, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG 6oplus, 19.09.2010, 10:30, Marienfelder Mühle, Hildburghäuser Straße 5e, 12279 Berlin

■ **SPD Mitte, Rundgang durch die Gedenkstätte Topographie des Terrors** – Ausstellung „Berlin 1933-45 zwischen Terror und Propaganda“ 19.09., 14.00 Uhr, Gedenkstätte Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

■ **Führung durch die Ausstellung - „Mehr als ein Name** - Opfer des Nationalsozialismus aus Steglitz und Zehlendorf“, 19.09., 14:45 Uhr, SPD Lichterfelde-Ost + Süd, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin

■ **1. Familienfest Lübars** der SPD Reinickendorf, 19.09., 11-17 Uhr, Familienfarm im Freizeitpark Lübars, Alte Fasanerie 10, 13469 Berlin. Gäste: Klaus Wowerit, Ingeborg Junge-Reyer, Gisela von der Aue

■ **Öffentlicher Kiezzugang: Gentrifizierungstendenzen in Mitte am Beispiel des südlichen Moabit**, Montag, 20. September, 17:30- ca. 19:30 Uhr, SPD-Mitte-Baustadtrat Ephraim Gothe, Thomas Isenberg MdB, Treffpunkt: U.-Bhf. Turmstr. (U9), Ausgang Alt-Moabit, Backwarenstand in der Vorhalle bei „Edeka Reichelt“, Levetzowstr. 10, 10555 Berlin

■ **Innere Sicherheit** Diskussion mit Senator Ehrhart Körting und Bilkay Öney, MdB, 20.09., 20:00 Uhr, Abt. Bellevue, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

■ **SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus**, Sven Kollhmeier - Stadtteiltag in Kaulsdorf und Kaulsdorf Nord, 20.09., 16 Uhr, Öffentlicher Kiezspaziergang mit der Bürgerinitiative Kaulsdorf, Dorfkirche im Dorf Kaulsdorf, Dorfstraße 12

■ **Sven Kollhmeier - Stadtteiltag in Kaulsdorf und Kaulsdorf Nord**, 20.09., 19:30 Uhr, **Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses**, Reg. Bürgermeister a.D., über das Berliner Politikgeschäft; Gaststätte „Zur S-Bahn“, Heinrich-Grüber-Str. 1

30 Jahre Imchenfest

Das „Imchenfest“ am Kladower Hafen wird 30: Am 25. September lädt die SPD-Abteilung Gatow/Kladow wieder zum Feiern an den Wannensee.

Ab 11.00 Uhr locken Musik und Tanz, ein für Kinder kostenloser Flohmarkt, Pony- und Lamareiten, Kaffee, Kuchen, Grillen, die Darbietungen von Chören und Vereinen aus dem Ort und am Abend Rock 59. Ausgeschenkt werden darf in diesem Jahr bis 23.00 Uhr, damit die Besucher von der Kladower Seite "Wannsee in Flammen" beobachten können.

Als politische Gäste haben sich der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs sowie der Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, und Justizsenatorin Gisela von der Aue ebenso angesagt wie die Spandauer Abgeordneten Raed Saleh, Burgunde Grosse, Daniel Buchholz und Thomas Kleinedam. Bezirkspolitiker werden ebenso für Gespräche zur Verfügung stehen wie der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz. Jakobs will die Bürgerinnen und Bürger vor allem über die Lage am Groß Glienicke-See informieren, wo Anwohner auf Potsdamer Seite den Uferwanderweg blockieren. 1980 fand das beliebte Volksfest zum ersten Mal statt. Von Beginn an wollten die Sozis aus dem Spandauer Süden damit auch ihre Ortsteilzeitung „Imchen“ bekannt machen und finanzieren, was ebenfalls durchgängig seit 1980 gelungen ist. **U. S. □**

■ **SPD Steglitz-Zehlendorf „20 Jahre Deutsche Einheit - 20 Jahre Zusammenschluss SPD und SDP“**, mit Ingrid Stahmer, Anne-Kathrin Pauk, Martin Gutzeit und Kurt Lange, Dienstag, 21. September, 19:30, Rathaus Steglitz, Schloßstr. 37, 12163 Berlin

■ **Öffentliche Abteilungsversammlung der SPD Rudow, „Rekommunalisierung der Gas-Wasser- und Stromversorgung“** siehe S. 10

■ **(offene) Landesvorstandssitzung der AG Schwusos**, 23.09., 19 Uhr, AG Schwusos Berlin / Tom Schreiber (MdB), Abgeordnetenhaus, Raum 161, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

AWO-Bücherbasar

Die AWO Südwest lädt an vier Sonntagen zum Bücherbasar, Trödel sowie Verkauf in der AWO-Modeboutique: am 19. September, 17. Oktober, 21. November, 19. Dezember jeweils von 10.00 bis 16.00 Uhr in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin, (S-Bahnhof Osdorfer Str.), Telefon 713 870 90. Der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO verwendet.

■ **Tagung und Abendveranstaltung**, 23. und 24. September in Berlin, **Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland**, Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter, Friedrich-Ebert-Stiftung, Anmeldung: Ingrid Nordemann, Telefon 0228 883 - 8077, E-Mail: ingrid.nordemann@fes.de

■ **Infofrühstück für Arbeitslosengeld II-Betroffene und Interessierte**, SPD Abt. Gesundheitsbrunnen und AWO, 25.09., 11 Uhr, AWO Club56, Rheinsberger Straße 56, 10115 Berlin.

■ **Veranstaltungsreihe „Das politische Gespräch am Gendarmenmarkt“**, AfA Berlin, Dienstag, den 28.09., 19:00 Uhr, Löwenbräu am Gendarmenmarkt, Leipziger Str. 65 in 10117 Berlin, nahe U-Bhf. Mitte. Bis 31. Mai 2011 sind Sozialwahlen: Selbstverwaltung als demokratische Errungenschaft der Sozialversicherung oder inzwischen überholt, weil sich die Bedingungen grundlegend verändert haben? mit Elke Hannack, ver.di Bundesvorstand.

■ **SPD Bundestagsfraktion vor Ort / Burgunde Grosse, MdB, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Konkurrenz oder Ergänzung?**, 29.09., 19 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 306, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin, mit Mechthild Rawert, MdB, Hubertus Heil, MdB, Burgunde Grosse, MdB, Uwe Schulz-Hofen, Bildungsexperte, Anmeldung: Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Tel: 720 13 884, Mail an Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet:** <http://www.spd-berlin.de/termine/>

BUNDESTAGSABGEORDNETE

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Sprechstunden: Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten: mecchthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Sprechstunden: Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: 20.09., 15 - 18 Uhr.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Versammeltes WeltWissen

Ausstellung im Gropius-Bau zeigt Berlin als Wissenschaftsmetropole

Als Stadt des Wissens mit einer 300-jährigen Tradition präsentiert sich Berlin ab 24. September im Martin-Gropius-Bau. Die Ausstellung „WeltWissen“ zeichnet auf 3500 Quadratmetern den Weg der Stadt vom Aufbruch des wissenschaftlichen Forschens zu Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Wissenschaftsmetropole Europas in der Gegenwart nach. So präsentieren sich Epochen, Institutionen in dieser Stadt und die verschiedenen Disziplinen in einem bunten Panorama des Forschens nach neuen Erkenntnissen. Die Ausstellung steht im Zeichen von 300 Jahren Charité, 200 Jahre Humboldt-Universität und mit Blick auf 2011 auf 100 Jahre Max-Planck-Gesellschaft.

„WeltWissen“ empfängt die Besucher im Lichthof des Gropius-Baus mit einem überdimensionierten Regal, dessen Inhalt eine enorme Bandbreite der Wissenschaft in Berlin präsentiert, eine Konzeptidee des amerikanischen Künstlers Mark Dion. Hier zeigen sich die Exponate nicht nur als Blickfang, sondern der Besucher kann sie zum „Sprechen“ bringen.

Für den Laien offenbaren sich in den insgesamt 18 Themenräumen die Prozesse des erkenntnisbringenden Forschens, also nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Weg dorthin. Wissen, so auch eine Botschaft der Ausstellung, bedeutet auch Weltoffenheit und Toleranz, einen Austausch von Erkenntnis aus allen Teilen der Welt, wie prägnant aus der Korrespondenz von Alexander von Humboldt abzuleiten ist.

Die Ausstellung zeigt nicht nur Erfolge der Berliner Wissenschaften, sondern auch das janusköpfige am Forschen, etwa am Beispiel von Nobelpreisträger Fritz Haber, der die Lebensmittelchemie revolutionierte, aber auch das Tor zur chemischen Kriegsführung weit öffnete. Zur Geltung



Gereon Sievernich – Direktor des Martin-Gropius-Bau. Foto: Hans Scherhauser

kommt auch die Vertreibung von Wissenschaftlern durch die Nationalsozialisten.

Gunter Lange □

➔ WeltWissen. 300 Jahre Wissenschaften in Berlin, 24. September 2010 bis 9. Januar 2011, im Martin Gropius-Bau, Niederkirchner Straße 7, Eintritt 6 Euro, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre frei. Ein umfangreiches Begleitprogramm mit themenorientierten Führungen und Veranstaltungen ergänzt diese Ausstellung.

➔ www.weltwissen-berlin.de

KULTURTIPPS

„Kunst am Mittag“. Im Rahmen der Aktion „Kunst am Mittag“ bietet das Willy-Brandt-Haus jeden Sonntag um 13 Uhr einen Einblick in die ständige Sammlung. Die Veranstaltung lädt dazu ein, sich vertieft mit den Werken auseinanderzusetzen. Im wöchentlichen Wechsel werden verschiedene Exponate betrachtet und aus kunsthistorischer Sicht erläutert. Die nächsten Termine sind am 19. September 2010 zum Thema „Christo als Produzent von Erinnerungen - Der verhüllte Reichstag 1995 unter verschiedenen Gesichtspunkten“. Am 26. September 2010 liefert Rainer Wölzl Einblicke in die Arbeit des „Meisters der schwarzen Bilder“ Paul Celan. **BS** □

➔ Kunst am Mittag, jeden Sonntag um 13 Uhr, Anmeldung erforderlich unter 030 / 259 93 -712, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg.

➔ Öffnungszeiten der aktuellen Ausstellung „Liselotte Strelow - Retrospektive 1908-1981“: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr. Eintritt frei, ein gültiger Personalausweis ist erforderlich.

Dreißig mal Heimat

Ausstellung im Willy-Brandt-Haus

Gemeinsam mit der Galerie und Radierwerkstatt 30 LINKS lädt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. zu einer Ausstellung unter dem Titel Heimat.

30 Berliner Künstler, die aus unterschiedlichen Ländern stammen und in verschiedenen Kulturkreisen dieser Welt zu Hause sind, zeigen je eine kleinformatige Arbeit auf Papier. Es werden Zeichnungen, Holzschnitte, Radierungen, Siebdrucke, Fotografien, Collagen, Malereien, experimentelle Papierarbeiten sowie digitale Arbeiten zu sehen sein. Die Künstler stammen aus Ar-

gentinien, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Brasilien, Deutschland, England, Georgien, Italien, Kolumbien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Russland, Spanien, Sri Lanka, Südkorea und USA. Die Altersspanne reicht von Jahrgang 1938 bis Jahrgang 1987. Zur Ausstellungseröffnung sprechen u.a. SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug und der Co-Vorsitzende der Zukunftswerkstatt Integration Kenan Kolat.

➔ Ausstellungseröffnung am Dienstag, dem 21. September, um 19.30 Uhr, im Atrium des Willy-Brandt-Hauses, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.